

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Fein“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 10. September 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Washington wird ratifiziert.

Das Ergebnis der Konferenz der Arbeitsminister.

Bern, 9. September. (WIB.) Die Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens ging heute vormittag zu Ende. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird folgendes mitgeteilt: Nachdem die Minister erneut festgestellt hatten, daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlinie des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des Achtstundentages zu gelangen, wurde das Abkommen einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie bezweckten dabei, die unter ihnen etwa bestehenden Auslegungsschwierigkeiten zu beseitigen und so ihren Regierungen die Ratifizierung zu erleichtern. Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Punkten ihre Auffassungen übereinstimmen oder doch nicht sehr erheblich von einander abweichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu gelangen.

Das Abkommen von Washington über die internationale Festsetzung des Achtstundentages wird von den Regierungen der großen Industriestaaten ratifiziert werden, die kleineren Staaten, die auf die Stellung der großen warteten, werden nachfolgen. Der Achtstundentag, die alte sozialpolitische Forderung, die ein halbes Jahrhundert lang Fahne und Symbol der Arbeiterschaft der ganzen Welt in ihrem Ringen um Freiheit und Aufstieg war, wird zum internationalen Gesetz. Eine wichtige Etappe im Kampf um den internationalen Normalarbeitstag ist erreicht. Trotz der Wirren der Nachkriegszeit, trotz der Zerissenheit der Arbeiterschaft ist es gelungen, diesen Fortschritt festzuhalten und international zu sichern. Ein großer Erfolg der Arbeiterschaft!

Die deutschen Arbeiter haben Grund, diesen Erfolg in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen. Sie hatten nach dem Zusammenbruch von 1918 den gesetzlichen Achtstundentag durchgesetzt. In der geistigen Verwirrung der folgenden Jahre ging das Bewußtsein der Bedeutung dieses Erfolges in weiten Arbeiterschichten verloren, andere Probleme lockten und weitgreifende Phantasien und Illusionen lenkten von den großen tatsächlichen Fortschritten ab. Schon zu Beginn des Jahres 1920 begannen die Angriffe des reaktionären Unternehmertums gegen den Achtstundentag. Je weiter die Inflation vorwärts schritt und die Arbeiterorganisationen hemmte, um so heftiger wurden die Angriffe. Am Ende der Inflationsperiode gelang der sozialpolitischen Reaktion die Durchbrechung des Achtstundentages. Bald war er für die Hälfte aller deutschen Arbeiter in der Praxis abgeschafft. Aber der Verlust des Ertrügnisses erweckte aufs neue das Verständnis für diese Grundforderung der Arbeiterbewegung, für die Bedeutung des Acht-

stundentages im Kampfe der Arbeiterschaft um ihren kulturellen Aufstieg. Immer einheitlicher wurde der Wille der deutschen Arbeiterschaft zum Achtstundentag, immer stärker das Drängen aller Arbeiterorganisationen auf seine gesetzliche Sicherung.

Es ist das Verdienst der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, daß sie diesem Drängen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zum Ziele gesetzt haben. Damit wurde der internationale Charakter der großen Kulturforderung unterstrichen, gleichzeitig aber auch die Forderung, daß der deutsche Arbeiter nicht zum Varia der Welt werden dürfe, daß er das Maß der Freiheit seiner ausländischen Arbeitskollegen besitzen müsse. Die Forderung nach der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens führte zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Sozialpolitik überhaupt. Die Kräfte der sozialen Reaktion in Deutschland widerlegten sich mit aller Macht der Forderung der Ratifizierung. Sie wollten, daß Deutschland sich von der internationalen Sozialpolitik abwende. Am schärfsten kam der Gegensatz zum Ausdruck in den Anträgen und Interpellationen, die über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens im Reichstag eingereicht wurden. Hier die Forderung der Sozialdemokratie, die Regierung möge ratifizieren — dort das Verlangen der Deutschnationalen, die Regierung möge ihre Beteiligung am Internationalen Arbeitsamt zurückziehen und von einer Ratifikation absehen.

Unter dem Drucke des einheitlichen Willens der Arbeiterschaft hat sich die Regierung zur Ratifikation entschlossen. Ueber den großen Erfolg, der darin besteht, übersehen wir keinesfalls, daß damit der Kampf um den achtstündigen Normalarbeitstag in Deutschland noch nicht zu Ende ist. Die Vorbehalte und die Auslegungen, die das deutsche Reichsarbeitsministerium dem Abkommen von Washington gibt, sind bekannt. Es möchte die Möglichkeit offen halten, den Normalarbeitstag von acht Stunden zu durchbrechen mit der Begründung, daß Deutschland Reparationen zu leisten habe. Es möchte zu diesem Zwecke den Artikel 14 des Washingtoner Abkommens ausnutzen.

Diese Auffassung wird Gegenstand des kommenden Kampfes um den Normalarbeitstag sein. Das Abkommen von Washington muß eine Garantie der deutschen Arbeiter nicht nur gegen die Ausbeutung durch deutsche Unternehmer, vor allem aber auch gegen internationale Ausbeutung sein. Das ist der Grundgedanke, der festgehalten werden muß, und der im deutschen Reichsarbeitsministerium immer noch auf wenig Verständnis stößt.

Die Ratifikation des Abkommens von Washington ist ein prinzipieller Fortschritt der internationalen Sozialpolitik. Ein großer internationaler Rahmen ist gegeben. Nun ist in Deutschland das Problem der deutschen Arbeitszeitgesetzgebung zu lösen.

gehinderter vor sich als sonst. Die Gepäckstücke wurden nicht mehr untersucht. Die besondere Einreiselerlaubnis ins Ruhrgebiet, die bisher notwendig war, fällt fort. Solange die militärische Besatzung noch vorhanden ist, genügt zur Einreise ein Personalausweis der Ortspolizeibehörde. Es wird angenommen, daß in wenigen Tagen auch die Räumung von Dortmund und Umgebung erfolgt, nachdem die wirtschaftlichen Sanktionen in dieser Zone bereits zum größten Teil abgebaut sind. Mit diesem Augenblick ist die Einreise in die Zone Dortmund-Hörde ohne jeden Ausnahmefall möglich.

Mannheim, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Zollkontrolle in den besetzten Gebieten Süddeutschlands ist in der Nacht vom 8. zum 9. September restlos aufgehoben worden.

Die Amnestie erfolgt.

Dortmund, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Besatzungsbehörde teilt mit, daß der Generalkommandant der Truppen die nötigen Bestimmungen zur Anwendung der in § 7, Anlage 8 der Londoner Protokolle vorgesehenen Amnestie in den besetzten Gebieten der Ruhr erlassen hat. Diese Bestimmungen betreffen u. a. die Aufhebung der schwebenden Verfahren und die Aufhebung der verhängten Strafen für die im besagten Artikel angeführten Handlungen.

Der Aufstand im Kaukasus.

24 Sozialistenführer erschossen.

Riga, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kämpfe im Kaukasus gegen die bolschewistischen Diktatoren haben sich neuerdings wieder bis in die Nähe von Tiflis ausgedehnt, von wo aus eine große Anzahl von Arbeitern zu den Aufständischen gestoßen ist. Die Bolschewisten sollen bei diesen Kämpfen erhebliche blutige Verluste gehabt haben.

Unter den 24 von den Sowjetbeauftragten erschossenen Sozialisten befinden sich auch der Genosse Jugueli und andere Mitglieder des menschewistischen Exekutivkomitees.

Notifizierung.

Die Deutschnationale Partei erwartet . . .

Die Deutschnationalen haben der Regierung ein Ultimatum geschickt. Es muß notifiziert werden! Die Deutschnationalen erklären zwar heute noch, daß sie als Partei todesmutige Gegner der „Verklawungsgesetze“ seien, aber immerhin haben sie die Hälfte ihrer Fraktion auf die Ja-Seite abkommandiert und sich dafür von der Volkspartei und von Herrn Stresemann einen Sack voll Versprechen geben lassen. Darin befindet sich auch das Versprechen, daß notifiziert werden wird. Es ist tatsächlich gegeben worden, aber die Regierung hat inzwischen erlirnt, daß sie der deutschen Sache einen schweren Schaden zufügen würde, wenn sie es erfüllen wolle. Darum zögert sie.

Die Deutschnationalen kümmern das sehr wenig. Um vor ihren Wählern ihre entsetzliche Blamage zu verschleiern, brauchen sie einen „Erfolg“, sei es auch zu Deutschlands Schaden. Und wenn sie ihn nicht erreichen, dann brauchen sie einen Krach, der so laut ist, daß er die Protestresolutionen der deutschnationalen Wähler gegen das erbarmenswürdige Verhalten der Fraktion überört.

Um alle Verwirrungsmanöver zu durchkreuzen, muß noch einmal daran erinnert werden, wie diese ganze Geschichte entstanden ist.

Die Deutschnationalen hatten von der Regierung verlangt, sie solle in London dem Dawes-Plan nur dann zustimmen, wenn die Alliierten ihre Erklärung von 1919 über Deutschland's Angreiferrolle beim Ausbruch des Weltkrieges widerrufen. Die Regierung wußte, daß damit Unmögliches verlangt war und daß bei einer solchen Taktik nur ein neuer internationaler Krach, aber kein Abkommen, keine Beruhigung des Wirtschaftslebens zu erreichen sei. Sie tat also nichts dergleichen, sprach über die Kriegsschuldfrage in London kein Wort und kam mit dem fertigen Vertrag nach Hause.

Nach ihrer Rückkehr begann sich aber unter dem Einfluß der Verhandlungen zwischen der Volkspartei und den Deutschnationalen diese ihre klare Erkenntnis zu trüben. Die Deutschnationalen hatten eine ganze Eisei verlangt, man entschloß sich auf dem Kompromißweg zu einer halben. Die deutsche Welt steht nun einmal im Zeichen der 50 Proz.

Die Regierung erließ also zunächst eine öffentliche Erklärung zur Schuldfrage, die inhaltlich nichts anderes enthält, als was die Regierungen Scheidemann und Bauer zu besserer Gelegenheit auch schon erklärt hatten. Auf diese Tatsache muß immer wieder hingewiesen werden, weil die innerpolitischen Brunnengergister es immer wieder so hinstellen, als wolle die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit dem „Feindbünd“ an der Behauptung von der deutschen Allein Schuld am Kriege festhalten. Das ist zwar ein ausgepöhlter Unfuss, aber in Rommern soll es Leute geben, die es glauben.

Die Erklärung der Regierung schloß mit der Ankündigung, daß man diese nämliche Erklärung den fremden Regierungen „notifizieren“ werde. Diese Ankündigung war ein ungeheurer Fehler. War es schon falsch, überhaupt zu „notifizieren“, das heißt, diese schon aus allen Zeitungen bekannte Erklärung in diplomatischer Form den fremden Regierungen zu überreichen, so war es noch falscher, diesen Entschluß erst anzukündigen. Damit wären die Regierungen und die öffentliche Meinung der fremden Länder benachrichtigt, daß ihnen etwas Unbequemes bevorstände; es wurde ein Spannungsmoment geschaffen, das überall beunruhigend wirkte und weiter wirkt.

Was erwartet man von den fremden Regierungen, wenn notifiziert wird? Die fremden Regierungen können zu der deutschen Regierungserklärung schweigen, solange sie ihnen nicht „notifiziert“ ist. Auf die Notifizierung müssen sie aber in irgendeiner Form antworten — wie sollen sie das tun? Sie sollen sich zu einem Bestandteil des Versailleser Vertrages äußern, der auf gemeinsamen Beschluß zurückzuführen ist, müssen sich also über die Haltung, die sie gegenüber der „Notifizierung“ einnehmen, wohl untereinander verständigen.

Was will man mit der „Notifizierung“ erreichen? Daß eine neue Ententekonferenz zusammentritt, die die Schuldklärung von 1919 widerruft? Wer glaubt, daß dies möglich sei? Ist es aber nicht möglich, dann muß die ganze Notifizierungsaktion mit einem eklatanten Mißerfolg enden.

Die deutsche Regierung kann sehr unfreundliche Antworten erhalten. Was tut sie dann? Sie muß sie eben einstehen. Die fremden Regierungen können die Annahme der deutschen Regierungserklärung verweigern. Was tut die deutsche Regierung dann? Dann steht sie da — wir wollen lieber nicht sagen wie!

Hat man das alles nicht vorher überlegt? Wie konnte sich die deutsche Regierung von den Deutschnationalen so in die Sackgasse führen lassen?

So stehen die Dinge jetzt. Es ist gewiß nicht schön, wenn nicht „notifiziert“ wird, nachdem man das angekündigt hat. Aber wenn notifiziert wird, ist es erst recht nicht schön.

Das scheint der Reichskanzler, der über die Verhandlungen der Volkspartei mit den Deutschnationalen nicht im Bilde gewesen zu sein scheint — siehe dazu seine dem-Ge-

Anzeigenpreise:

Die sind täglich Sonntagsbeilage 0,70 Goldmark, Restausgabe 1. — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das heißt die ersten drei Zeilen des ersten Wortes 0,20 Goldmark, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Stellenanzeigen über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Amerika gibt Ruhrkredite!

Gegen hypothekarische Sicherheit und Bürgschaft von 30 Banken.

Amsterdam, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Telegraaf“ erzählt, haben die in New York geführten Kreditverhandlungen für die Ruhrindustrie zu einem erfolgreichen Abschluß geführt. Die von dem durch die Equitable Trust Company geführten Bankensyndikat an den Ruhrbergbau gewährten Kredite werden durch eine hypothekarische Sicherheit auf die Ruhrbergwerke und die Brennstoffbestände sowie durch eine Bürgschaft von 30 deutschen Banken garantiert.

Nach Aufhebung der Zolllinie.

Die Räumung Dortmunds bevorstehend?

Dortmund, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist die Aufhebung folgender sogenannter äußerer Zollämter an der östlichen Zollgrenze ohne besondere Formalitäten erfolgt: Aplerbeck, Borchhalle, Herbede, Hattingen, Witten-West, Linen-Kanal, Linen-Nord, Hörde, Hörde-Bahnhof, Oberesing, Dortmunder Feld. Die französischen Beamten werden noch einige Tage bis zur Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten in den Bureaus der aufgerufenen Zollämter verbleiben. Die französischen Hilfszollbureaus bleiben voraussichtlich bis zum 14. Oktober bestehen.

Die sogenannten inneren Zollämter Dortmund-Stadt, Dortmund-Post, Dortmund-Hauptbahnhof, Dortmund-Hafen, Dortmund-Südbahnhof, Witten-Nord, Bochum-Stadt, Bochum-Nord, Wanne, Herne, Reddinghausen-Stadt und Reddinghausen-Bahnhof sind besetzt geblieben und erheben noch Zölle nach französischen Sähen bis zum 20. September. Die Aufhebung der östlichen Zollgrenze erfolgte reibungslos.

Infolge des Fortfalles der Zolllinien ging neben dem Verkehr der Fahrzeuge, wie Automobile, Fahrräder und Pferdegespanne, auch der Personenverkehr bereits ab Dienstagmorgen wesentlich un-

noffen Breitscheid gegenüber im Reichstag abgegebene Erklärung — eingesehen zu haben. Er hat sich bemüht, in Privatbriefen an Herriot und Macdonald den Fehler zu korrigieren, es ist ihm nicht gelungen. Nun weiß er nicht, wie er die Suppe auslöffeln soll, die ihm andere eingebrockt haben.

In diesem Zusammenhang muß auf das Verhalten der völkischen „Zeit“ hingewiesen werden. Wenn die „Zeit“ unsere richtige Nachricht von einem Schritt des Reichslanziers als „hellen Unsinn“ bezeichnet, so kritisiert das Blatt des Herrn Stresemann damit nicht nur unsere Berichtserstattung, sondern die Handlungen des Herrn Marx. Wenn dann weiter von den deutschen Kreisen die Rede ist, „denen die Erörterung der Frage höchst un bequem ist“, so ist das eine Unanständigkeit deutschnationaler Art, die zurückgewiesen werden muß.

Unbequem ist uns nicht die Erörterung dieser Frage, „unbequem“ ist nur die Situation, in die die deutsche Regierung durch die Volkspartei geraten ist, weil diese dem deutschnationalen Agitationsbedürfnis nachgegeben und sich in die Sackgasse verrennt hat.

Das deutschnationalen Ultimatum macht diese Situation noch viel unbequemer. Vor den Augen der Welt werden die diplomatischen Vertreter Deutschlands von den Deutschnationalen gleichsam an Strid herbeigezerrt, damit sie „notifizieren“ sollen. Wenn die Regierung jetzt dem deutschnationalen Druck folgt, so wird man in der Welt daraus schließen, daß sie sich unter den Befehl der Partei Tirpitz-Hergt gefügt hat, und daß die Aera der deutschnationalen Diktatur über Deutschland hereingebrochen ist.

Die Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Reichsregierung hat in ihrer Kundgebung vom 20. August dieses Jahres, durch die sie das erzwungene Kriegsschuldbeitragsverhältnis feierlich widerrief, erklärt, daß diese zur Kenntnis der auswärtigen Mächte gebracht werden soll. Eine Notifizierung dieser Erklärung ist bisher unterblieben.

Die Deutschnationalen Volkspartei hat bisher der Erwägung Rechnung getragen, daß aus technisch-diplomatischen Gründen eine sofortige Notifizierung vielleicht nicht möglich erscheine, und daß politische Erwägungen es angezeigt erscheinen lassen könnten, mit der Notifizierung zu warten, bis die Hauptkämpfe der Senfer Völkerbundtagung vorüber wären. Nachdem diese beiden Gründe fortgefallen waren und die Notifizierung noch nicht erfolgt ist, ist die Parteileitung bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung vorstellig geworden und hat um Aufklärung ersucht, weshalb die Notifizierung bisher nicht erfolgt sei und wenn eine solche erwartet werden könnte.

Von Seiten der Reichsregierung ist daraufhin erklärt worden, daß sie ihre Verpflichtung, die Notifizierung vorzunehmen, anerkenne und entschlossen sei, ihr zu entsprechen. Angesichts gewisser zwischenzeitlicher Vorfälle habe man sich aber entschlossen, zunächst die für Ende dieser Woche zu erwartende Rückkehr der leitenden Mitglieder des Reichskabinetts abzuwarten und alsdann in einer sofort einzuberufenden Kabinettsitzung über den Termin der Notifizierung endgültig Beschluß zu fassen.

Von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei ist mit großem Ernste darauf hingewiesen worden, daß bei den Mitteilungen der Reichsregierung vor Bekanntgabe der Erklärung nie ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß die Bekanntgabe an die auswärtigen Mächte alsbald nach Veröffentlichung der Note erfolgen werde. Eine Aufgabe dieses Standpunktes der Reichsregierung würde nach Überzeugung der Deutschnationalen Volkspartei im In- und Auslande als ein unverständliches Zeichen der Schwäche gedeutet werden und die mit der Erklärung verbundene Absicht in ihr Gegenteil verkehren. Die Deutschnationalen Volkspartei erwartet demnach, daß der bevorstehende Kabinettsbeschluß auf alsbaldige Notifizierung lauten werde.

Wenn die Deutschnationalen Partei von einer Auskunft spricht, die sie von der Reichsregierung erhalten haben will, so wären wir für Angabe der Adresse dankbar.

Wir haben sie bisher nicht ermitteln können, die Vermutungen schwanken zwischen Sigmaringen und Nordern.

Im übrigen: Welch ein Zeichen der Stärke wird es sein, wenn die Regierung nach der Veröffentlichung dieses deutschnationalen Befehls hingehet und wirklich „notifiziert“!

Betrüger sind sie alle.

Die völkischen Hoffnungen auf Annahme der Dawes-Gesetze.

Die Deutschnationalen haben von vornherein gehofft, daß die Gesetze zur Ausführung des Gutachtens im Reichstag angenommen werden würden. Der Zwang zur Zweidrittelmehrheit hat den Deutschnationalen das Spiel verdorben. Sie konnten sich nicht der Annahme erfreuen und gleichzeitig als unentwegte Opposition ihre Hände in Unschuld waschen. Sie mußten selber der Sünde bloß werden und selber mitstimmen — wenn auch nur zu fünfzig Prozent —, wollten sie ihre geheimsten Hoffnungen erfüllt sehen.

Ihre extremen Freunde und Konkurrenten von den Nationalsozialisten hätten es besser. Da die Deutschnationalen umfielen, so brauchten sie nicht umzufallen und können nun konkurrenzlos mit den Kommunisten gemeinsam die Rolle der einzig unentwegten „nationalen Opposition“ spielen. Daß sie selbst darum gebetet haben, daß die Gesetze angenommen werden möchten, ist für sie unerheblich; denn, so rechnen sie, ihre geheimsten Wünsche hätten sie so tief in ihres Busens Schrein verschlossen, daß sie niemand auch nur ahnte.

Aber diese dummschlaue Politik des Uebergangens des Konkurrenten in Radikalismus bekommt ein Loch, sobald man als Unentwegter nicht den Mund zu halten versteht über das, was man im geheimen denkt und will. Diesen obersten Grundsatz der Politik des Ueberbietens haben die Völkischen außer acht gelassen. Es ist ihnen etwas Menschliches zugeflogen. Als es im Reichstag am 29. August darauf ankam, und die Nationalsozialisten sich der Zwangslage der Deutschnationalen erfreuten, da ergriff der nationalsozialistische Abgeordnete Rüdätschel die Spannung nicht mehr. Wie nun, wenn es nicht zureichte? Wenn das Eisenbahngesetz doch zu Fall kommen würde? Dann wären die Hoffnungen dahin. Dann läme statt der günstigen agitatorischen Situation die große Pleite: Auflösung, Neuwahlen, Niederlage. Bangigkeit zog durch sein Herz, und was das Herz voll ist, des geht der Mund über. Da wandte er sich an den neben ihm stehenden Deutschnationalen Bruhn und gestand, er hoffe auf die Annahme der Dawes-Gesetze. Das mögen sich die unentwegten Deutschnationalen und Nationalsozialisten in diesen Tagen und Stunden der Spannung, als ihnen die Angst vor der Ablehnung und der Wahl die Knie schlößern machte, hundertmal untereinander gesagt haben. Aber Herr Rüdätschel war unvorsichtig — er sagte es der Konkurrenz, und als die nun von den Nationalsozialisten die Prügel bezog, da erinnerte sie sich und zog dies Geständnis ans Tageslicht. Herr Strathmann, einer der Ja-Sager von den Deutschnationalen, benutzte es zu seiner Verteidigung.

Nun ist guter Rat teuer bei den Nationalsozialisten, die ihren radikalen Jörn gegen die Ja-Sager als Komödienpiel entlarvt sehen. Herr v. Graefe bemüht sich eigenhändig, seinen Parteifreund, sich selbst und seine Partei herauszuheulen. Er erklärt folgende Erklärung:

„Der Abg. Rüdätschel erklärte, daß er mit dem ihm persönlich bekannten Abg. Bruhn allerdings gesprochen habe, um zu erforschen, ob etwa ein Umfall der Deutschnationalen zu erwarten sei; er habe sich dabei vielleicht nicht sehr glücklich ausgedrückt, auf keinen Fall aber habe in seinen Worten ein Sinn gelegen, wie ihn jetzt der Abg. Bruhn verbreite.“

Der Abg. Rüdätschel hat hierzu auf Wort versichert, daß er selbstverständlich für seine Person, ebenso wie wir alle, unerschütterlich auf dem Boden der unbedingten Ablehnung aller Gesetze stehe.

Diese Erklärung zeigt die ganze Verlegenheit: Herr Rüd-

dätschel und Herr Graefe stehen für ihre Person auf dem Boden der unbedingten Ablehnung aller Dawes-Gesetze — auf Ehrenwort! — aber sie hoffen auf die Annahme durch die anderen. Ihre Opposition ist ebenso Betrug und Täuschung, wie die Opposition der Deutschnationalen, ein Ausdruck des Mangels an nationaler Solidarität bei diesen Parteien gegenüber dem Zwang der Lage. Der eine Gauner ist hereingefallen, der andere hat sich selbst verraten — Betrüger sind sie alle!

Preussische Staatshilfe für die Landwirtschaft

Falsches Beweismaterial der „Deutschen Tageszeitung“.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Wie vor einiger Zeit mitgeteilt worden war, hatte die preussische Staatsregierung außer ihren nebenher laufenden Bemühungen um Anschaffung eines ausreichenden landwirtschaftlichen Realcredits Hand in Hand mit Reichs- und Staatsbank es erreicht, daß der preussischen Landwirtschaft Erntekredite bis zur Höhe von 200 Millionen Mark bereitgestellt worden sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat geglaubt, diese Hilfsaktion dadurch in den Augen der Landwirtschaft als völlig unzureichend hinzustellen, daß sie folgende Berechnung aufmachte:

Bei höchster Zuteilung kommen (von den 200 Millionen Mark, die in Form von Dreimonatswechseln ausgegeben werden) auf den Hektar 10 Mark, das würde bei einem 20-Hektargut 200 Mark ausmachen. An Steuern aber hat dieses Gut zu zahlen:
Grundsteuer 98 R.
Einkommensteuer-Rate 57
Gewerbesteuer 25
Umsatzsteuer 18
Summa 198 R.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkte redaktionell dazu: „Es bleiben also nach Abzug der Steuerverbindlichkeiten von dem „Kredit“, der zur „Bergung der Ernte“ bestimmt sein soll, nur noch 7 Mark übrig, wobei Löhne und eventuell von früherher gestundete Steuern nicht mit berücksichtigt sind. So sieht die Hilfe des Staates für die Landwirtschaft aus.“

Obwohl jeder praktische Landwirt, der diese Notiz gelesen hat, sich an Hand seiner Steuerbücher sofort berechnen konnte, daß die von der „Deutschen Tageszeitung“ gebrachten Ziffern völlig zutreffend waren, erscheint es doch notwendig, öffentlich festzustellen, daß hier mit absolut falschem Zahlenmaterial gearbeitet worden ist, um die an die Landwirtschaft geleistete Staatshilfe aus politischen Gründen zu diskreditieren. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezieht ihre Zahlen auf ein 20-Hektargut. Bei dem Durchschnittswert im preussischen Staate (Friedenswert) von 1600 Mark würde ein solches Gut 32 000 Mark Steuerwert repräsentieren. Die — gleich der „Deutschen Tageszeitung“ — auf zwei Monate berechneten gesamten Steuern würden nun in Wirklichkeit wie folgt aussehen:

Grundsteuer 21,60 R.
Einkommensteuer-Rate 35,60
Umsatzsteuer 18,—
Gewerbesteuer —
Summa 65,10 R.

Dazu ist zu bemerken: die Einkommensteuerrate ist nicht nur für zwei Monate, sondern als Vorauszahlung für ein Vierteljahr berechnet. Sie ruht auf dem durchschnittlichen berichtigten Mehrbeitragswert von 25 000 Mark. Eine Gewerbesteuer kommt — im Gegensatz zur Berechnung der „Deutschen Tageszeitung“ — bei einem Gute dieses Umfangs überhaupt nicht in Betracht, weil die der Gewerbesteuer unterliegenden Betriebe nur mit größeren Gütern kombiniert zu sein pflegen. Die einzige Ziffer, die die „Deutsche Tageszeitung“ richtig angibt, ist die der Umsatzsteuer. Als Ergebnis der Kritik des Ziffermaterials der „Deutschen Tageszeitung“ ergibt sich also, daß — alles in Durchschnittsziffern gerechnet — anstatt der von der „Deutschen Tageszeitung“ behaupteten steuerlichen Belastung mit 198 Mark sich eine Gesamtschuldensumme von 65,10 Mark, d. h. ziemlich genau einem Drittel der angeblichen Steuerlast für das als Beispiel genommene Gut errechnet. Nach diesem Sachverhalt steht demnach die staatliche Erntekredithilfe denn doch wohl in einem wesentlich anderen Verhältnis zu den

Erkenntnis.

Von Elisabeth Brauer.

Sie stand noch einen Augenblick an der Tür des kleinen, ärmlichen Zimmers, als ob sie etwas vergessen hätte. Dann dachte sie nach, und ein fast heikres Rätsel umspielte ihr bleiches Gesicht. Sie griff nach der kleinen Goldbörse, die auf dem Tisch lag und noch sie mit abwendenden Blicken, ehe sie den fargen Inhalt zählte. Es waren gerade fünfundschatzig Pfennig. Es würde zum Abendbrot reichen. Und morgen? Morgen? Sie schüttelte den Kopf und sagte hart, daß sie vor dem Klang ihrer Stimme zusammenschrat: „Nein!“

In ihrem Kopf hämmerte das „Nein“, als sie mit einem letzten Blick das Zimmer umfing. „Nein“, bröhnte es in ihr, als sie die Augen hob und gegenüber ihr Spiegelbild sah, auf ihrem goldblenden, welligen Haar noch einen Schimmer des verblässenden Tages. Sie mußte sich an Türpfosten halten, um nicht umzufallen vor Schwäche. Einen Augenblick nur, dann glitt ihr Blick wie absehend über das schmale Bücherregal. Wie hätte sie gewagt, wenn die anderen Mädchen sich allerlei lustigen Land kauften, um ein lange gewünscht Buch zu erwerben! Wie hätte sie alle Gestalten in ihnen geliebt! Mit ihnen geliebt, geliebt, geweiht! Mitten in ihren Gedanken erklang wieder das „Nein“, und sie war erschauert, daß ihre Lippen das Wort geflüstert hatten. Dann dachte sie plötzlich ganz ruhig: nun kamst du ja gegen! Aber da fiel ihr Blick noch auf das kleine, braungerahmte Bild auf der alten Kommode. Fast neugierig ging sie ein paar Schritte näher und starrte unablässig darauf, als hätte sie es nie gesehen. Dann erinnerte sie sich und ein Schatzen huschte über ihr Gesicht. Ihre Hände ruhten Sekundenlang auf dem Bild, dann sanken sie betrocknen von der Kühle der Glaswand an ihrem Kleid herab. Nur nicht rückwärts schauen! Doch als ob eine innere Gewalt mit ihrem Willen kämpfte, erlahmte ihr Denken. —

Warum wollte sie eigentlich gehen? Ihre Gedanken flogen zurück. Ja, so war es gekommen! Sie stand vor dem großen, schönen Haus, in dem sie die letzten Jahre mit redlichem Bemühen tagaus, tagein an der Maschine gefesselt und ihre Briefe geschrieben hatte. Ihre Papiere knitterten in zitternden Händen.

Stellungslos! Abbaul! Das waren die Worte, die sie gar zu schwer begreifen konnte.

Und dann kam die große Not! Heute ging es hierhin, morgen dahin! Erst hoffnungsvoll, lächelnd. Doch als sie immer wieder hörte: Wir bedauern — da verzog sie das Mädeln.

Die Schulden waren dünn vom vielen Umherlaufen. Ihr Kleid sah abgetrogen aus. Und ihr Herz war traurig geworden; es hatte alle Stufen von der keihesten Trauer bis zur tiefsten Verzweiflung durchstufen müssen. Bis sie kein Gefühl mehr kannte. — Alle Grenzen waren erreicht. Es gab nur noch einen Weg! Er

war kurz! Sie kannte sein Ziel: Ruhe! Frieden! Jögerte sie? Sie gab sich einen Ruck. — Kauffos fiel die Tür ins Schloß.

Nun gab es kein Zurück mehr! Mit kleinen tapferen Schritten durchließ sie die schon erleuchteten Strohen, immer weiter, wo die Häuser aufhörten, die große Allee entlang bis zur Brücke! Ihre Zähne schlugen wie im Frost aufeinander. Unaufhörlich küßte sie: Mut! Mut! Gleich bist du da!

Pföhlch stieß ihr Fuß an etwas, das von dem Anprall auf die Seite fiel. Jäh schrie sie zusammen, beugte sich herab und sah erst nur eine bunte, rote Medaille mit einem weißen Kreuz darin. Ein Bänder?! —

Sie hob zwei matte Arme, die sie hilflos umfahnen. Dann hörte sie eine unendlich sanfte Stimme sagen:

„Ach danke Ihnen.“

Ihr Herz hämmerte, sie griff nach der kleinen Börse, legte sie schnell in die halbgeöffnete Hand, sah noch den Ausdruck glücklicher Verwunderung auf des Blinden Antlitz und rannte ein paar Schritte weiter. Die Brücke! Aber wie sie das leuchtende Eisenstück umklammerte und in die grauen, brodelnden Fluten blickte, sahen sie zwei erloschene Augensterne seltsam an und eine sanfte Stimme klang wie aus weiter Ferne an ihr Ohr: „Ach danke Ihnen.“

Ein mildes Aufschludgen löste ihre innere Erstarrung. — prehte ihr das erglühende Antlitz in die bebenden Hände. Was hatte sie tun wollen? Sich fortziehen, weil alle Wege verschüttet waren? Was war denn ihr Hunger, ihrummer gegen das Schicksal jenes blinden Menschen, der am Wege sah, immer in tiefer Dunkelheit immer allein!

Wie ein Aufleuchten glitt die Erkenntnis auf ihren Irrweg und gab ihr das tiefe Wissen um den ewigen Kampf des Daseins. Und noch den Nachklang jener sanften Stimme hörend, ging sie aufrecht ins Leben zurück. —

„Wer fahrt jetzt mir zu Hause?“

Ein alter Berliner, der wie alle echten Berliner von Haus aus kein Berliner ist, J. Kasten, hat allerlei Altbörmere Humor, Reihe und Anekdoten gesammelt und als „Lustiges Panoptikum“ bei Hoffmann u. Campe herausgebracht. Der Hof ist dabei so gut bedacht wie die Gelehrsamkeit, die berühmten Kneipen und Stammtische stellen ihren Anteil so gut wie die Theateroriginale, und nur der eigentliche, knoppe Berliner Volkswitz, der keineswegs identisch ist mit dem schärkeren jüdischen Witz, kommt dabei zu kurz. Aber eine hübsche Geschichte ist doch darin, worin dieser echte Berliner Humor köstlich hervorleuchtet. Kasten erzählt sie also:

Die ehrwürdigen Mitglieder der Berliner Akademie der Wissenschaften hatten sich aus irgendeinem Anlaß zu löblichem Lun in den Räumen des „Hotel de Rome“ versammelt. Hier waltete der alte Wühling seines Amtes als vorsorglicher Wirt. Ganz besonders stolz war er selbstverständlich auf diese seine erlauchte Gelehrtenkundschaft, die sich unter Umständen auch auf eine gerechte Würdigung köstlicher Leistungen einzustellen weiß. Das Wahl ver-

setzte die Teilnehmer in die beste Laune, und es dunkelte bereits, als man sich trennte. Hier von den schmausenden Akademikern, die im alten Besten Berlins und in Charlottenburg wohnten, nämlich August Boeckh, Moritz Haupt, Gustav Dronke und Theodor Mommsen, vertrauten sich gemeinschaftlich einem Droschkenkutscher zweier Güte an, dem zunächst die Fahrt nach der Linkstraße 7/8 angesetzt wurde. Das Gefährt, nach Herkommen von einem ebenen Rolle gezogen, setzte sich gemächlich in Bewegung. Die Herren im Wagen waren in lebhafter Unterhaltung. Mommsen blickte zufällig durch Scheibensfenster und bemerkte zu keinem Verwundern, daß der Kutscher sich an der Ecke Pöppiger und Charlottenstraße befand. Er vermutete einen Hörfehler und ruft dem Kutscher nochmals deutlich zu: „Linkstraße“. Das Gefährt zottelt nun wirklich die Pöppiger Straße in westlicher Richtung hinunter. Die Herren Fahrgäste plaudern gemächlich weiter. Als jedoch die Linkstraße sich noch immer nicht zeigen will, guckt Mommsen wieder hinaus und findet sich am Anhalter Bahnhof. Vergerlich ruft er dem Kutscher ein vernehmliches „halt“ zu. Er steigt aus und findet den Wagenfenster in einem Zustande, der keinen weiteren Zweifel aufkommen ließ. Naich erschlossen schwingt sich unter Akademikern auf den Bod der Droschke, schiebt den fallenden Kutscher etwas umfanzt zur Seite, und nun geht es in stottem Trab, soweit es der Krabberhengst zuläßt, zunächst wirklich in die Linkstraße vor Boeckhs Wohnung. Dann wird Moritz Haupt in der Schulgarten (jetzt Budyapfer) Straße Nr. 4, Gustav Dronke in der Viktoriastraße 3 abgesetzt. Daß die Sache bis daher scherzhaft sich gestaltet, kann man sich denken. Jetzt aber wurde die Geschichte etwas bedenklicher. Zunächst gait es den schlaftrunkenen Kutscher in die Droschke hinein-zubefördern. Das gelang schließlich den Ueberredungskünsten des Verfassers der römischen Geldstake. Mommsen bestieg wieder den Kutscherbod und fuhr nunmehr durch die Schwärze des Tiergartens nach seinem an der Charlottenburger Chaussee gelegenen Hause. Wie er nun anhält und den tiefschwarzen Kutscher nach starkem Mühen aufweckt und ihm bedeutet, daß die Reise beendet sei, dringen aus dem Droschkensinnern die bedeutamen Worte an sein Ohr: „Wer fahrt jetzt mir zu Hause?“ Theodor Mommsen soll zum ersten und zum letzten Male in seinem Leben auf eine an ihn gerichtete Frage keine Antwort zur Stelle gehabt haben.

Die deutsche Sprache in Amerika.

Für das Recht des Gebrauchs der deutschen Sprache in den Vereinigten Staaten von Amerika steht sich ein Aufbruch ein, der vom literarischen Ausschuss des Fremdenbundes Amerika an alle dortigen deutschen Organisationen erlassen ist. Am einzelnen wird darin u. a. folgendes gesagt, was auch in Deutschland interessant dürfte:

„Als während des Krieges die sogenannte Amerikanisierung in Szene gesetzt wurde, galt als eins der Hauptmittel dazu das Verbot der deutschen Sprachgebrauchs in den Kirchen, Schulen und Lagen. Zunächst wurde in 21 Staaten im Westen die deutsche Sprache in den Kirchenschulen verboten. Etwas schwieriger schien es in den Lagen, bei denen man Widerstand erwartete. Aber zum allgemeinen Erstaunen ließ sich dies leichter erledigen als diese „Tayfendprozenten“ sich einbildeten. Man ließ vorerst in den Lagen Heyreden halten. Das Resultat war, daß die deutsch-ameri-

Gewerkschaftsbewegung

Washingtoner Achtstundentag mit Vorbehalt.

Als der deutsche Kriegserfahrungsminister Michaelis die Friedensresolution mit dem bescheidenen Vorbehalt gutzuheißen geruhte, hatte das: „Wie ich es auffasse“ immerhin die Originalität für sich. Selbst dieses damals verblüffende Moment fällt bei dem Vorbehalt des Reichsarbeitsministers Brauns fort, mit dem er — vor der Berner Konferenz wenigstens — das Washingtoner Achtstundentagabkommen zu ratifizieren gedachte. Dennoch hat er dabei mindestens den Beifall der „D.A.Z.“ gefunden, die gestern abend ihren Spezialisten gegen den Achtstundentag, Dr. M. P., in ihren Spalten ebenfalls für die Ratifikation nach Artikel 14 eintreten ließ. Nachdem dieser Sachverständige „festgestellt“ hat — was sich auf dem Papier ohne Schwierigkeiten machen läßt — „daß Deutschland nicht in die Zwangsjacke des starren Achtstundentags gesteckt werden darf, wenn es seine Verpflichtungen gegen das Ausland und nicht zuletzt gegen seine eigenen Volksgenossen erfüllen soll“, nähert er sich dem Vorbehaltsstandpunkt Dr. Brauns:

„Die innere und äußere Agitation hat nun dazu geführt, daß die deutsche Regierung ihre grundsätzliche Zustimmung zu der Ratifizierung abgegeben hat. Ebenso haben maßgebende Unternehmerkreise... sich damit einverstanden erklärt, allerdings unter Voraussetzungen, die auch wir im wesentlichen unterschreiben können. Vor allem muß Sicherheit dafür gegeben werden, daß Deutschland „zur Verhütung außerordentlicher Gefährdung deutscher Lebensinteressen“ den Artikel 14 des Abkommens nötigenfalls anwenden kann. Nach ihm „können die Bestimmungen des Übereinkommens in jedem Lande durch die Regierung im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, welche die Landesicherheit gefährden, außer Kraft gesetzt werden“. Können wir also (1) die Verpflichtungen des Londoner Paktes nicht erfüllen und müssen, weil damit „die Landesicherheit gefährdet“ ist, in einer vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit schreiten, dann dürfen aus dieser Maßregel nicht die berührten „Verpflichtungen“ konstruiert werden, in deren Folge sich „Sanktionen“ und dergleichen befinden. In dem englischen Regierungsentwurf eines Arbeitszeitgesetzes ist ebenfalls vorgesehen, daß der Minister das Gesetz aufheben kann, wenn die nationale Sicherheit durch Krieg oder andere gefährliche Ereignisse bedroht ist. Ebenso muß Deutschland nach wie vor jede Kontrolle über seine eigene Sozialpolitik ablehnen, die über die völkerrechtlich üblichen Bindungen hinausgeht.“

Wenn den Unternehmern die Profitmöglichkeit beim Zweischichtensystem günstiger erscheint als beim Dreischichtensystem, dann ist „die Landesicherheit“ allerdings außerordentlich gefährdet. Nur durch zwölfwöchentliche Arbeitszeit kann diese „Gefahr“ abgewendet werden. Der junge Mann der Sämanns-„D.A.Z.“ schwärmt förmlich für die Ratifikation — wie ich sie auffasse — denn die Anpassungsfähigkeit, die das Washingtoner Abkommen bietet, sei „weit größer als die von der sozialistischen Agitation geäußerten Massen annehmen“.

Die Täuschung dürfte in diesem Falle ganz auf jener Seite sein, auf der man glaubt, „ein neues Arbeitsgesetz auszuarbeiten, das den Erfordernissen unserer Wirtschaft Rechnung trägt“, das heißt den Profitinteressen der Unternehmer. Wir kennen die Mängel des Washingtoner Abkommens und werden nicht versäumen, auf ihre Abstellung hinzuwirken. Die Massen werden sich nicht mit dem Prinzip des Achtstundentages, seiner „grundsätzlichen“ Anerkennung, am wenigsten bei zwölfwöchentlicher Schicht, täuschen lassen, sondern nicht ruhen, bis der Achtstundentag zurückgewonnen und gesichert ist. Daß die internationale Verständigung der Arbeitnehmerchaft in diesem Punkte zugunsten einer nationalen „Verständigung zwischen deutschen Arbeitgebern und Gewerkschaften“ — nach Artikel 14 — preisgegeben wird, ist eine Selbsttäuschung, die in dem Verhalten der Arbeitszeitverlängerer nicht die geringste Stütze findet.

Der Fall Stegerwald.

Zeit schlimmer für den geschäftigen Herren Stegerwald als die Beschwerden des christlichen Bergarbeiterführers Ambusch gegen ihn ist das Lob, das die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ auf das Haupt Adam Stegerwald häuft. Das schwerindustrielle Blatt brachte in seiner Diastagausgabe einen Leitartikel, „Ambusch gegen Stegerwald“ überschrieben. Daß den rheinisch-westfälischen Grubenbaronen der christliche Bergarbeiterführer Ambusch weniger gefällt als der schmiegsame Führer der christlichen Spitzenorganisation, Stegerwald, ist nur zu erklärlich. Trotzdem weiß das Blatt nichts gegen Ambusch zu sagen. Es nimmt den „staatsmännischen Kopf“ Stegerwald in Schutz gegen die Angriffe Ambuschs. Das Unternehmerblatt bebauet die Bergarbeitervertreter von der Saar, weil sie in Köln „von ihrem eigenen Vorfigenden unfruchtbarsten Ratich vorgetragen erhielten“.

Und dieser „unfruchtbarste Ratich“ beschäftigt das Unternehmerblatt in einem Leitartikel vor anderthalb Spalten!

Man mache ja Ambusch keinen Vorwurf daraus, daß er auf dem linken Arm ein Messer marschiert; deshalb dürfe er aber doch keinem seiner Kollegen einen Vorwurf daraus machen, „wenn er politisch etwas mehr rechts eingestellt ist“. Wollte Herr Stegerwald bei seiner immer mehr nach rechts gehenden Einstellung nicht länger den Ehrgeiz haben, ein Amt weiterzuführen, das ihm übertragen wurde, als er noch weit weniger rechts eingestellt war, dann wäre seine Einstellung seine Privatangelegenheit. Doch gerade die neuere Einstellung Stegerwalds, die der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ so sehr an ihm gefällt, ist es, was den christlichen Arbeitern, vorab den Bergarbeitern, so wenig gefällt.

Wir beneiden den christlichen Arbeitnehmerführer nicht um das Lob des Unternehmerblattes; es hat damit seinem Schützling einen Bärendienst erwiesen.

Warten wir ab, wie weit die Reise nach rechts noch geht.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Berlin.

April-August 1924.

Nach Überwindung der Inflationskrise im Frühjahr d. J. ein industrieller Aufschwung ein, der zurückzuführen ist auf den gesteigerten Inlandsbedarf. Die Stabilisierung der Löhne und Gehälter als Folge der Stabilisierung der Mark hatte zur Folge, daß der lang zurückgehaltene Bedarf an notwendigen Verbrauchsartikeln gedeckt werden konnte. Infolgedessen ging die Arbeitslosigkeit ständig zurück und sank in der ersten Juliwoche im Bezirk Berlin bis auf 78 500. Von diesem Zeitpunkt an macht sich die Kreditkrise, die eine weitere Folge der Inflation ist, in immer schärferem Ausmaße geltend. Die Arbeitslosigkeit stieg fortgesetzt bis Ende August, wo sie rund 102 000 Personen erfaßt hatte.



Die vorstehende Tabelle ist insofern besonders bemerkenswert, weil sie den Anteil der Männer und Frauen hervorhebt, die von der Arbeitslosigkeit erfaßt worden sind. Während in der ersten Aprilwoche der Anteil der Männer noch 79 Proz. und der der Frauen nur 21 Proz. betrug, sank der Prozentanteil der Männer Ende August auf 70, während der Prozentanteil der Frauen auf 30 stieg. Es bliebe zu untersuchen, welche Ursachen bei diesem stärkeren Anwachsen der Arbeitslosigkeit der Frauen mitgewirkt haben. Es mag wohl teilweise darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeitslosigkeit besonders groß ist in den Berufen, die vornehmlich oder überwiegend Frauen beschäftigen, wie in der Bekleidungs-, der Textil- und der Tabakindustrie. Es mag auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß bei einer Geldkrise die Hausangestellten zum Teil entlassen werden. Zu untersuchen wäre allerdings noch, wie weit die Unternehmer von dem Standpunkt abgekommen sind, daß die ungelernete billige Arbeitskraft der Frau in der Praxis nicht immer billiger ist, als die Arbeitskraft des Mannes. Jedenfalls läßt das prozentuale Anwachsen der Arbeitslosigkeit der Frauen erkennen, daß der Arbeiterhaushalt in wachsendem Maße auf den alleinigen Verdienst des Mannes angewiesen ist. Daraus ergibt sich aber noch mehr als bisher die Notwendigkeit von Löhnen, die zur Bestreitung eines Haushalts ausreichend sind.

Der Voss als Gärtner.

Der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises Teltow hat sich schwere Verfehlungen in seiner Geschäftsführung zuschulden kommen lassen. Diese Verfehlungen bestehen in unsittlichen Anträgen an die weiblichen Arbeitsjungen des Arbeitsnachweises. Ferner hat dieser Geschäftsführer es versucht, Unterfrüfung bescheidene Gewerkschaften anzupumpen. Die Arbeitnehmer des Verwaltungsausschusses stellten den Antrag, den Mann sofort seines Amtes zu entheben. Dem Vorstehenden wurde das schriftliche Material, das sich aus eidensstattlichen Erklärungen zusammensetzt, bereits am 23. August übergeben. Eine sofortige Entlassung vom Dienst resp. Beurlaubung ist nicht erfolgt, vielmehr wurde diesem liebenswürdigen Beamten das gesamte Material zur Gegenüberstellung überwiesen. Es erging deshalb Beschwerde über den Bürgermeister und Magistrat bei der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten in Potsdam. Die Arbeitnehmer und Vertreter der Gewerkschaftskommission haben darauf hingewiesen, daß das Verbleiben des Beamten im Dienst zu schweren Benachteiligungen der gesamten Arbeitnehmerchaft führen müsse.

Brutalität des Margarinekapitalismus. Konsumenten, habt acht!

Der Margarinekonzern van den Bergh-Cleve, der alleiniger Hersteller der Marke „Schwan im blaue Band“ ist, hat es seit Jahrzehnten verstanden, die Anfallsindustrie weiterer Industrien im Kreis Cleve zu hintertreiben. Kreis- und Kommunalbehörden waren hierbei getreue Helfer. Dadurch wurde erreicht, daß die Arbeiterchaft des Bezirks keine weitere Arbeitsmöglichkeit erhielt und damit auf Geduld und Verdriss diesen Margarineunternehmertum ausgeliefert wurde. Durch strotzige gewerkschaftliche Organisation war es in den letzten Jahren möglich, für die Belegschaften dieser Betriebe den bezirkslichen Verhältnissen entsprechende Vereinbarungen zu treffen, die der schlimmsten Mißfür einen Niegel vorschoben. Allein die Inflation und die Zeit der Inflation, die hier im äußersten Grenzgebiet geradezu katastrophale Folgen für die breiten Volksschichten mit sich brachte, führten zu schärfsten Differenzen zwischen Belegschaften und Direktion, wobei es zu wiederholten Arbeits-einstellungen kam. Demals erklärten die Firmenerreiter, sie hätten für die ungeheure Notlage der Arbeiterchaft volles Verständnis. Das hat die Firma jetzt bewiesen. Sie baute zunächst verschiedene Arbeiterchaftbestimmungen ab, führte einen künstlichen Produktionsmangel herbei und schritt dann zur

Entlassung von rund zwei Dritteln der Belegschaft.

Tausende Kinder und Frauen sind damit der bittersten Not preisgegeben. Die entlassenen Arbeiter müssen abwandern, um andere Arbeitsgelegenheit zu suchen, die im Bezirk Cleve vollständig fehlt. Der van-den-Bergh-Konzern rühmt sich, eine deutsche Gesellschaft zu sein, trotzdem seine Direktionen mit Ausländern besetzt sind. Erst Ende 1923 hat dieser Konzern in der kleinen Stadt Cleve auf ein über 1000 Arbeiter aus angeblichem Produktionsmangel brotlos gemacht, trotzdem die Möglichkeit gegeben war, bei tatsächlichen Absatzmangel durch Arbeitsstreckung einen wesentlichen Teil der Entlassungen zu verhindern.

Allein die Vertreter des Unternehmens setzen sich auf nichts ein. Sie schlenen es besonders auf diejenigen Arbeiter abgesehen zu haben, die sich irgendwie gewerkschaftlich betätigt

haben. Es wurde weder auf die Familienverhältnisse noch auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit Rücksicht genommen. Zur Zeit dieser Massenentlassungen wegen angeblichen Absatzmangels wurden erhebliche Mengen von Margarine aus den ausländischen Betrieben des van-den-Bergh-Konzerns auf den deutschen Markt geworfen.

Nachdem der Betrieb „gründlich gesäubert“ war, setzte die „Konjunktur“ wieder ein, wurde aber alsbald wieder künstlich eingedämmt, nachdem sich ergab, daß die Schlichtungsausschüsse die weiteren beträchtlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nicht gutheißen konnten. Sofort trat wieder „Mangel an Aufträgen“ ein, um weitere umfangreichere Entlassungen zu begründen. Die Organisationsleistungen konnten feststellen, daß in einer rheinischen Großstadt eine Riesenladung von Margarine angeliefert wurde, die in Betrieben mit „Produktionsmangel“ nicht hergestellt sein konnte, also ausländisches Fabrikat sein mußte.

Während diese „deutsche“ Gesellschaft bis dahin nur Fertigware aus dem Ausland eingeführt hatte, ging sie nunmehr dazu über, aus ihren holländischen Betrieben auch Rohölle einzuführen, um einen weiteren Betrieb mit rund 200 Vollarbeitern stillzulegen. Die stillgelegten Familienväter, die teilweise in jahrzehntelanger Tätigkeit unter lärglichen Arbeitsbedingungen für diese „deutsche“ Gesellschaft geschuftet haben, müssen ruhig zusehen, wie ihr bisheriges Arbeitsprodukt aus dem Ausland eingeführt wird, während sie dem größten Elend preisgegeben wurden. Der Konzern aber hat erreicht, was er erreichen wollte. Unter dem ungeheuren Druck der durch den „Absatzmangel“ herbeigeführten Arbeitslosigkeit glaubt man den Rest der Belegschaft genügend willfährig, um nunmehr große Reserven für die „neue Marke“ zu machen.

Der Bezirksausschuß des ADGB.

Im Cleve appelliert nach allem an die deutsche Arbeitnehmerchaft als Hauptkonsument von Margarine, sich die Frage vorzulegen, ob sie ein Produkt konsumieren will, das unter derart brutalen Machinationen verbilligt wird — für den Unternehmerkonzern. Wenn der van-den-Bergh-Konzern seine Margarine als besonders gut anpreist, so ist festzustellen, daß der Margarinemarkt genügend gleichwertige Fabrikate aufweist.

Die gekamten

Margarinefabrikate aus Cleve sind zurückzuweisen.

Sie sind allesamt in den van-den-Bergh-Betrieben hergestellt. Laßt euch nicht durch falsche Bezeichnungen irreführen. Macht eure Frauen auf die Praktiken dieser Gesellschaft aufmerksam, damit sie bei ihren Einkäufen feststellen, wer Hersteller der angebotenen Margarine ist. Kauff nur Margarine, von der feststeht, daß sie kein Fabrikat dieser Firma ist.

In Zweifelsfällen erteilt der Bezirksausschuß des ADGB in Cleve Auskunft.

Hoch die Solidarität!

Die Bergarbeiter lehnten den Schiedsspruch ab.

Die vier Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch über die Lohnregelung bei den südlichen Randzechen abgelehnt. Der Zechenverband hat bekanntlich den Schiedsspruch angenommen. Die Gruppe Heizer, Maschinenisten und Hebertagelöhner der christlichen Metallarbeiter hat ebenfalls den Schiedsspruch des Staatskommissars für die südlichen Randzechen abgelehnt.

Der Lohnkampf in der Wiener Metallindustrie.

Nach Meldung der Z.N. hat die Lohnbewegung in der Metallindustrie am Montag eine weitere Verschärfung erfahren, weil sich die Arbeiter weiterer Fabriken der Streikbewegung angeschlossen haben. Am Dienstag fand eine Sitzung des Industriellenverbandes statt, in welcher die Forderungen der Arbeiter beantwortet wurden. Heute werden sich die Metallarbeiter mit der Antwort der Metallindustriellen beschäftigen, falls es zu keiner Einigung kommt, würde am Donnerstag der große Streik ausbrechen, an welchem circa 170 000 Arbeiter beteiligt sein würden. Die Gas- und Elektrizitätswirtschaft drohen, sich dem Streik anzuschließen. Man bemüht sich, in letzter Stunde eine Vermittlung herbeizuführen. Die Situation ist jedoch sehr ernst. Es ist kaum anzunehmen, daß es gelingen wird, dem Streik aus dem Wege zu gehen.

Die ausgesperrten Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen haben den am 14. August von dem Schlichter Mehlisch gefällten Schiedsspruch über die Lohnregelung abgelehnt. Die Unternehmer hatten den Schiedsspruch angenommen. Die Aussperrung wird fortgesetzt und versucht werden, sie auszudehnen. Ihren Zweck hat sie verfehlt, denn der Beschluß der Bauarbeiter zeigt, daß ihnen die Maßnahme der Unternehmer nicht imponiert.

Achtung, SPD.-Metallarbeiter!

Morgen abend 7 Uhr in den Rauhstrüßen (nr. 50a), Kaiser-Wilhelm-Str. 11: Versammlung aller SPD.-Metallarbeiter. 1. Sonbon, Genf und die deutsche Arbeiterklasse. Referent: Genosse Alexander Stein. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. — Die Funktionäre, Generalversammlungsbelegierten und Betriebsräte haben die Pflicht, alle Genossen auf diese wichtige Versammlung hinzuweisen. Ohne Parteizuspruch kein Zutritt.

Der Fraktionsvorsitzende.

Bekleidungsarbeiter-Verband, Sechshaus, 37a8. Häfen- und Kleiderarbeiterinnen: Versammlung aller Häfenarbeiter, Plättnerinnen sowie Heimarbeitern am Donnerstag abend 6 1/2 Uhr in den Rauhstrüßen, Alte Jakobstr. 11. Tagesordnung: Was ist gegen die militärische Entlohnung und Ausbeutung zu tun? Redegewinn! Doch Interesse an Euren Lohn- und Arbeitsbedingungen! Entscheidend dabei verhalten in der Versammlung.

SPD.-Bauarbeiter: Donnerstag abend 6 Uhr Fraktionsvorstandssitzung bei Dennis, Klempnerstr. 44. Alle Bezirke und die Delegierten müssen erscheinen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Hochgruppe der Köpfer. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 11. September 1924, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindefestsaal, Engelstr. 24/25. Tagesordnung: Bericht über die Lohn- und Entlohnungsbedingungen. Bericht vom Hochgruppen- und Bundesrat. Bericht über die durch Mitglieder eingeleitet, haben Zutritt. Die Funktionäre haben ihnen um 6 Uhr zu erscheinen.

Beantwortlich für Politik: Groß Reuter; Wirtschaft: Brian Solernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: A. B. Böhler; Soziales und Genüßiges: Rik Karst; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin.

Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Form-Verlag-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Preis 2 Bllagen.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

KRESSIN

ZIGARETTEN

MOHAR 58 in Blechpackung 58

Die Marke des Qualitätsrauchers



MOHAR 88 LUXUS 88

Die Marke des Feinschmeckers

Ein Jahr Straßenbahn G. m. b. H.

Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß die „Berliner Straßenbahn“ ihren Betrieb schloß, umfangreiche Entlassungen von Arbeitern und auch Angestellten vornahm, um dann nach einer eintägigen Pause, während der Berlin „ohne Elektrische“ war, den Verkehr, oder was man damals so nannte, wieder aufzunehmen. Um zu zeigen und mitzuteilen, was während dieses Jahres geleistet worden ist, hat kürzlich die Direktion der Straßenbahn die Vertreter der Presse eingeladen.

Vom Verwaltungsbetrieb zur G. m. b. H.

Die Inflationszeit hatte natürlich auch in erheblichem Maße auf die Straßenbahn eingewirkt. Der Betrieb, der im Dezember 1920 aus der Gesellschaft „Große Berliner Straßenbahn“, einer privaten Aktiengesellschaft, in städtische Regie übernommen wurde, konnte damals nicht entfernt in seinen Fahrpreisen die Kursschwankungen der Mark mitmachen. Wie alle Verkehrsunternehmen, Hochbahn, Omnibus und Stadtbahn, arbeitete die Straßenbahn mit einer starken Unterbilanz. Im August vorigen Jahres mußte ein täglicher Zuschuß von etwa 15 000 Goldmark geleistet werden, der natürlich aus dem allgemeinen Stadtsäckel floss und der vom Kammerer weder durch Steuern noch aus sonstigen Einnahmen gedeckt werden konnte. Die Straßenbahn hatte sich zu einem Zuschußbetrieb erster Güte entwickelt, dessen Aufrechterhaltung in keiner Weise die an seine Uebernahme in städtische Regie und Verwaltung geknüpften Hoffnungen und Bedingungen erfüllte. Der Verkehrsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit dieser Sachlage natürlich in all seinen Sitzungen hervorragend beschäftigt. Er kam dann nach reiflicher Erwägung allen für und wider Anfang September zu dem Entschluß, dem Magistrat eine grundlegende Veränderung der Betriebsverhältnisse zu empfehlen. Es wurde beschloffen, den Straßenbahnbetrieb aus der Verwaltung durch die städtischen Behörden herauszunehmen und ihn auf eigene Füße zu stellen. Die Betriebsform, die gewählt wurde, war die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, weil man sich von der leichten Beweglichkeit dieser Gesellschaftsform den günstigsten Einfluß auf den Entwicklungsgang des Unternehmens versprach. Leider muß auch an dieser Stelle wieder gesagt werden, daß die Arbeiter, das Fahrpersonal und die Angestellten die Hauptleidtragenden dabei waren. Der Personalbestand wurde von etwa 17 000 Köpfen auf 3000 herabgesetzt. Der Abbau traf in voller Härte alles, verdienten Personal ebenso wie Leute, die noch im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte standen, und mancher Fahrer und Schaffner, viele Handwerker und Hilfsarbeiter gingen ihrer Ansprüche auf Ruhegehalt und sonstiger sozialer Bergünstigungen verlustig. Die Reueingestellten wurden ohne tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen angenommen. Erst Anfang Februar dieses Jahres gelang es den freigewerkschaftlichen Organisationen, mit der G. m. b. H. wieder in ein Betriebsverhältnis zu kommen.

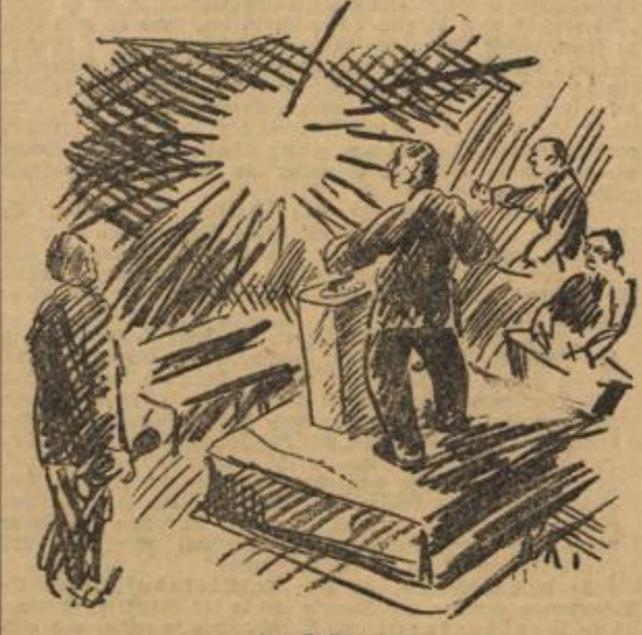
Der Aufbau des Verkehrsnetzes.

Das, was man am Montag, den 10. September 1923, den Berliner als elektrische Straßenbahn vorlegte, war ein trostloses Verkehrsmittel, das dem Verkehr in der Großstadt Berlin in keiner Weise gewachsen war. Auf wenigen Linien fuhr eine so geringe Anzahl Wagen, daß derjenige, der die Abfahrt hatte, schneller als zu Fuß und schließlich noch zu einer bestimmten Stunde an einem bestimmten Ort zu sein, höchstens einmal den Versuch mit der Straßenbahn unternahm. Trotzdem waren die Wagen ständig überfüllt, ein Zeichen dafür, daß Berlin seine Straßenbahn braucht. Selbstverständlich sah die Direktion auch ein, daß der anfängliche Zustand in der denkbar kürzesten Frist abgeändert werden mußte. Durch den gemäßigten Personalabbau und durch sonstige Sparmaßnahmen an allen Ecken und Enden war es der Verwaltung möglich, ganz allmählich den Betrieb mehr in Gang zu bringen. Eine neue Linie folgte der anderen, die bestehenden Linien wurden durch Anschlußlinien verlängert und schließlich gelang die Schaffung des heute vorhandenen Verkehrsnetzes, das zwar durchaus noch nicht den Anforderungen des großstädtischen Publikums entspricht, bei dem man aber doch merkt, daß es der Verwaltung ernst damit ist, die Berliner Straßenbahn zu einem brauchbaren Verkehrsmittel auszubauen. Ob und wie weit das in einer Stadt wie Berlin mit seinem Strassenwebwerk überhaupt noch möglich sein wird, ist eine andere Frage. In Versuchen fehlt es nicht; die Experimente, die gegenwärtig auf dem Potsdamer Platz

angestellt werden, können wohl eine Erleichterung für Verkehrsmittel und Publikum bringen, ob sie aber zu einer Lösung der Frage führen werden, die auch für andere Gegenden der Stadt ein Vorbild abgibt, mag dahingestellt bleiben. Berlin ist eben in seinen Hauptverkehrsrichtungen rettungslos verbaut, daran ändern keine weißen Striche, keine Rettungseisen und keine Verkehrstürme etwas. Daß sich auch die Direktion der Straßenbahn an der Neuordnung herortorend beteiligt, beweist die Tatsache, daß sie den auf dem Potsdamer Platz zu erbauenden Verkehrsturm auf ihre Kosten errichten wird.

Die Ausbildung des Personals.

Mit dem systematischen Ausbau des Verkehrsnetzes ergab sich für die Verwaltung auch die Notwendigkeit, neues Personal einzustellen. Zum Teil wurde auf das alte zurückgegriffen; die überwiegende An-



Am Prüfstand.

zahl der heute wieder tätigen Schaffner und Fahrer sind jedoch für die Straßenbahn neue Leute, die natürlich für den Dienst erst ausgebildet werden müssen. Die Betriebsleitung hat sich für die Auswahl des neuen Personals die Methoden der psychotechnischen Eignungsprüfung zu eigen gemacht, die nach Ansicht der Leitung die beste Gewähr dafür bietet, daß von Anfang an unbrauchbare Leute ausgeschieden werden. Zunächst wird jeder Neueingestellte nach vorangegangener vertrauensärztlicher Untersuchung als Schaffner ausgebildet. Er erhält fünf Tage lang einen theoretischen Unterricht, der sich auf die Dienstvorschriften, die Wagensausstattung usw. erstreckt, um dann während weiterer fünf Tage als Schaffnerlehrling in Begleitung eines Betriebsführers Dienst auf der Strecke zu tun. Eine Prüfung ergibt dann das Resultat der Lehrzeit. Wesentlich komplizierter ist die Ausbildung des Fahrers. Jeder Fahrerehrling muß erst eine genaue Zeit Dienst als Schaffner getan haben, während der er sich an den Betrieb auf einem Straßenbahnwagen gewöhnen soll. Dann erst wird er der Anquisition der psychotechnischen Prüfung unterworfen. Wer das erstmal eine solche moderne Folterkammer betritt, dem mag wohl das Wort Dantes einfallen: Laßt alle Hoffnung draußen, ihr, die ihr eintrittet. Der Prüfling wird auf Gehör und Gesicht geprüft; er muß an einem Telefon die geringsten Laute noch wahrnehmen können und wird vor einer Farbentafel auf sein Farbenscheidungsvermögen beobachtet. An einfachen Apparaten wird eine Prüfung der Arm- und Handkräfte vorgenommen. Mehrere Apparate dienen dazu, die Handrühr des Lehrlings festzustellen: Beim geringsten Zittern seiner Hand ertönt

ein elektrisches Klingelzeichen, das in seiner Eignungskurve als Fehler angerechnet wird. Daneben laufen Prüfungen seiner allgemeinen Intelligenz, seiner Auffassungsgabe, seiner Kombinationsgeschicklichkeit. Am interessantesten — allerdings mehr für den Zuschauer — ist die Prüfung auf Reaktionsgeschwindigkeit. Der Prüfling wird auf eine Plattform gestellt, von der aus er durch Betätigung von Kurkeln, herabfallende Eisenstangen im Fall bremsen muß. Gleichzeitig ertönen aber von allen Ecken der Hupen-, Klingel- und Lärm-Signale, und um schließlich die Leiden des armen Gefolterten bis zur Grausamkeit zu steigern, blüht und knattert vor seinen Augen ein elektrischer Flammenbogen auf, der wohl das gleichzeitige Durchbrennen sämtlicher Sicherungen am Wagen demonstrieren soll, und der Fußboden senkt sich unter seinen Füßen fort. — Nur etwa 25 Proz. aller Anwärter bestehen die Prüfungen gut. Die Ergebnisse werden zahlenmäßig festgelegt und ergeben ein genaues Bild der Qualitäten des Mannes. Der Lehrling kommt dann nach einem zwölfstägigen theoretischen Unterricht in die Fahrerschule, die sich im größten Straßenbahnhof Europas in Lichtenberg, befindet. Hier wird er mit allen mechanischen und elektrischen Einrichtungen des Wagens vertraut gemacht, erst nach abemals 14 Tagen kommt er auf den Wagen, so daß einschließlich aller Prüfungen immerhin vier bis fünf Wochen vergehen, ehe ein neugeborener Fahrer im wahren Sinne des Wortes auf die Rennbahn losgelassen wird. Für Fahrer wie auch für Schaffner werden außerdem ständig Unterrichtsstunden gehalten. So wird durch das Zusammenwirken vieler Kräfte versucht, brauchbares Personal heranzubilden. Die augenblickliche Bekräftigung der Straßenbahn-Betriebsgesellschaft beträgt etwa 12 000 Personen, einschließlich des technischen Personals und der Angestellten und Beamten. Durch den rationalen Ausbau des Betriebes ist erreicht worden, daß von den 7000 Personen des Fahrpersonals eine bedeutend größere Anzahl Wagenkilometer gefahren werden, als früher mit dem größeren Personal. Inwieweit das auf eine Verlängerung der Arbeitszeit zurückzuführen ist, ist leider schwer nachzuprüfen. Der gegenwärtige Lohn eines Schaffners mit Frau und Kind beträgt etwa 33 M. brutto für die Woche; die Fahrer erhalten etwas mehr. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden am Tage, doch geht dem Personal bei Doppeldienst viel Zeit für die Wege von und zu dem Bahnhof verloren.

Druckluft- oder elektrische Bremsen?

Die Direktion der Straßenbahn nahm bei der Beschäftigung Berücksichtigung, erneut auf die Wirkungsweise und die Wirkungserfolge der elektrischen Bremsen hinzuweisen. Bei den angestellten Versuchen ergaben sich frappierende Unterschiede. Zwei in voller Fahrt befindliche große Straßenbahnwagen wurden gleichzeitig gebremst, wobei sich zeigte, daß der Wagen mit Luftdruckbremse um die Länge eines Wagens weiter auf den Schienen fortglitt, als der elektrisch gebremste Wagen. Großer Wert ist dabei auf die Feststellung zu legen, daß die elektrischen Bremsen unter allen Umständen, besonders aber auch dann in Tätigkeit treten, wenn die Kontaktstange von der Oberleitung entfernt ist. Die elektrische Bremse hat sich bisher in jeder Beziehung bewährt, mit ihr werden alle alten Wagen ausgerüstet, und auch die laufend neubestellten Triebwagen erhalten elektrische Bremsen. Es sei ferner noch darauf hingewiesen, daß die Zahl der Zusammenstöße pro Tag von 21 im Jahre 1911 auf 7 in den ersten sieben Monaten dieses Jahres gesunken ist. Die Verwaltung glaubt durch diese Angaben am besten der Meinung entgegenzutreten zu können, daß die Zusammenstöße und Unfälle auf der Straßenbahn in der letzten Zeit alles bisher Dagewesene übertreffen.

Eine Razzia in der Großmanstraße.

Die Zeugenerkenntnisse zu der Morde in der Großmanstraße haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Prostituierte Charlotte Trendwald behauptet noch wie vor, daß der aufgefundene Mörder nicht mit dem Manne identisch sei, dessen Bekanntschaft sie gemacht habe. Sollte diese Behauptung tatsächlich zutreffen, so ist es im Interesse der Klärung dringend erforderlich, daß sich der Mann meldet, der in der Zeit von 12 bis 1/2 Uhr mit der Trendwald zusammen war und den sie aus dem Hause gelassen haben will. Es dürfte dem Betreffenden erinnerlich sein, daß die Frau eine rote Strickjacke trug. Inzwischen ist auch die Frau ermittelt worden, die sich in dem Morbzimmer in der froglischen Nacht aufgehalten haben soll, sich aber der Festnahme durch die Polizei entzog. Auch sie behauptet, daß sich in dem Zimmer kein Verbrechen abgespielt habe, daß sie dagegen auf dem Treppengang hinterher gehört habe. Im Widerspruch zu diesen Angaben steht die Tatsache, daß man überall in der Wohnung Blutspuren gefunden hat. Das Aussehen der Zimmerdielen beweist, daß sich dort Blutflecke befunden haben müssen, die abgetropft worden

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nergö.

Madam Frank trat mit den Füßen nach ihm, um ihn auf die Beine zu bringen, und er begann wieder, die in zusammenhängenden Schimpfworten zu fasseln. — „Dicksak Sivertsen, Saufstopp... schlechtes Subjekt...“ stieß er lassend hervor. „Total besoffen,“ sagte Madam Frank kurz und schleppte ihn zur Pumpe hin. Sie legte ihn übers Knie, und Thorwald pumpte. Ein Ruck ging durch Meister Franks seitlichen Körper, und er zappelte ein paarmal, um loszukommen. Aber ein gehöriger Klaps auf seinen kalten Scheitel veranlaßte ihn, wieder demütig den Kopf unter den Strahl zu beugen. Nach einer Weile hob er langsam den Schädel und sagte mit seiner gewöhnlichen sanften Stimme: „Nun ist es gewiß gut, Mutter.“ Und Madam Frank fand, daß das recht vernünftig klang, und stellte ihn auf die Beine. Dann trollte Schneider Frank hinein und zu Bett, und Thorwald bekam einen tüchtigen Ruck Schmalzbrot, der freilich durch einen Regen von Schimpfworten gewürzt wurde, aber darum nicht weniger sättigend wirkte.

Schon vor fünf Uhr am nächsten Morgen war Madam Frank in den Kleidern und fuhr scheltend und schimpfend umher; alle Türen und Fenster riß sie weit auf. Thorwald schnarchte mit der ganzen gefunden und sorglosen Unverfrorenheit der Jugend. Seine netzen mochten sie schimpfen und Durchzug machen, soviel sie Luft hatten, wenn sie nur sein Bett stehen ließen. Er legte eine Energie in seinen Schlaf hinein, als plante er einen Schelmensreich; und je mehr Spektakel die Mutter machte, desto stärker wurde sein Schnarchen. Meister Frank dagegen konnte beim besten Willen seine Ruhe nicht wieder finden — wenn derart geklärt wurde und der kalte Morgenwind über seinen eisenbeinblanken Schädel wehte. Es schien ihm, als hätte er recht wohl verdient, etwas länger zu schlafen, in Anbetracht dessen, daß er am vorhergehenden Abend so spät zu Bett gekommen war — um so mehr, da heute ein Feiertag war, den Gott der Herr selber zur Ruhe für die Menschen gestiftet hatte. Er ließ sich seine Unzufriedenheit jedoch nicht anmerken, sondern lag still da und verfolgte die Bewegungen seiner Frau

mit klugen Augen; und im stillen freute er sich darüber, wie gesund und rüstig sie war. Und als sie ein großes Waschfaß mit Wasser zum Fußbodenschauern durch die Schlafkammer schleppte, unter dem Gewicht des Kübels wie eine schwer beladene Stahlstange gekrümmt, da konnte er die Bemerkung nicht unterdrücken, wie gut sie ihr Alter ertrage. „Ja, mit mir geht es wie mit den Mähren des Fuhrmanns Stub, ich kann nicht hinfallen, weil ich immer angeschirrt bin,“ gab sie mit ihrem harten Vachen zur Antwort. Frank lachte still mit. „Gott sei Dank, daß sie guter Laune ist,“ dachte er. Er hatte sich längst über das Bißige hinweggesetzt, das ihrer Art zu scherzen anhaftete. Als sie wieder am Bett vorbeikam, kniff er sie in die Hüfte. „Willst du wohl weg, du alter Kater,“ schrie sie und schlug ihm wohlwollend auf die Hand. Meister Frank ging nicht weiter auf dem betretenen Wege, obwohl seine Frau sich mehrmals dem Bett näherte; denn alles, was er anstrebte, war, noch ein bißchen liegen bleiben zu dürfen und womöglich ein Morgenschläfchen zu halten. Ueber die Ereignisse des Abends war er sich nicht recht klar; aber gerade der Umstand, daß er sich nicht entsann, wie er nach Hause und ins Bett gekommen war, war wohl geeignet, ihn zu beunruhigen. Lange Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß seine Frau das beste Gedächtnis in solchen Punkten hatte, wo sein eigenes blank war, und daß es daher bei solchen Gelegenheiten klug war, ein wenig von seiner Gleichgültigkeit auf dem Altar des Hausfriedens zu opfern. Das einzige jedoch, das den Meister veranlassen konnte, es mit einer mannhafteren Energieentsaltung zu versuchen, war die Aussicht auf einen Schnaps; und die Zeiten waren längst vorbei, wo er etwas derartiges von dieser Seite her erwarten konnte. Denn im Lauf der Jahre hatte sich die Liebe abgenugt; ja, so war es. Außerdem hatte Schneider Frank einen gewissen Respekt vor den handgreiflichen Äußerungen der zärtlichen Laune seiner Frau. Natürlich, gut war sie ihm lieber als wütend — aber trotzdem! Schon der kleine Klaps, den sie ihm auf die Hand gegeben hatte, brannte ganz tüchtig. Es ließ sich leider nicht leugnen: selbst wenn sie am allerzärtlichsten war, gleich sie, wenn man sie anrührte, eigentlich einem Reibeisen. Aber arbeiten konnte sie, das stand fest.

Jetzt hörte Frank seine Frau draußen vor dem Schlafzimmerfenster mit Schaufel und Gießkanne rumoren und erriet, daß sie hinaus wollte, um die Straße zu fegen. Der Junge konnte doch eigentlich so viel für seine Mutter tun, daß er am Sonntagmorgen aufstand und die Straße fegte, aber er schnarchte unentwegt, und Schneider Frank wollte ihn nicht wecken, um keinen Grobheiten ausgesetzt zu sein — von so einem Grünshnabel. Er zog das Deckbett bis an die Nase herauf und schickte sich an, ein Schläfchen zu tun. Doch in ihm arbeitete es ganz verfligt; im Kopf, in den Gliedern, in den Knochen selbst zog es und strömte es auf und nieder wie trockner, heißer Sand und schmerzte sehr. Gestern mußte es arg gewesen sein — denn Vacht konnte das doch wohl nicht sein? Gott mochte wissen, wo er gewesen war! — Ja, natürlich bei dem dicken Sivertsen im Keller. Aber wie hatte er nach Hause und ins Bett gefunden? Hatte seine Frau es gemerkt, wie er kam? Natürlich! Aber hatte sie ihn verprügelt? Er begann, sorgfältig Körper und Gliedmaßen zu besühlen, konnte aber nur eine besonders empfindliche, geschwollene Stelle konstatieren, und ihren Ursprung konnte er genau — sie rührte von dem Mangelholz von gestern her. Also keine Prügel! Aber betrunken war er doch gewesen, denn er konnte sich nur noch daran erinnern, daß er am Tisch in Sivertsens Keller gefressen und Kunststücke gemacht hatte, und jetzt lag er hier, entkleidet und mit einem tüchtigen Kater. Er hörte ein paar Pumpenschläge draußen vom Hof, wo Madam Frank Wasser zum Straßenfegen pumpte, und es lief ihm kalt über den Rücken, und dabei fiel Licht auf einen der dunklen Punkte des Abends; wie er aus den Kleidern und ins Bett gekommen war. Frierend trock er unter dem Deckbett zusammen, wobei er sich des unheimlichen Erwachsens erinnerte, als jeder Strahl aus der Pumpe das Bewußtsein gleichsam um eine Bindung herausschraubte, bis er mit einem schmerzlichen Ruck völlig wach wurde und erkannte, daß er über dem Knie seiner Frau lag, mit dem Kopf unter dem Wasserstrahl. Alles das war jetzt aufgeklärt und in Ordnung; aber warum in aller Welt hatte er keine Prügel gekriegt? Er konnte nicht anders, er mußte sich den Kopf darüber zerbrechen, weil dies ein so einzig dastehender Fall in den letzten Jahren seiner Praxis war.

(Fortsetzung folgt.)

fröhlich. Müller hatte sich bis um 9 Uhr abends in der obersten Wohnung aufgehalten. Hierauf hatte er eine bescheidene Familie aufgesucht und war mit dieser bis um 1 Uhr in einem Bierlokal zusammengekommen. Da der Heimweg des Bekannten an seiner eigenen Tür vorbeiführte, hatte Müller seine Freunde begleitet und sich um seiner Haustür von ihnen verabschiedet. Er ist dann offenbar auf der Treppe umgefallen und hat das Haus oberwärts verlassen. Wenn in der Wohnung seiner Eltern ich er nicht mehr gesehen worden. Personen, die Müller kannten und die ihn bei diesem zweiten Vorkommnis gesehen oder gesprochen haben, werden dringend ersucht, sich zu melden. Alle Mitteilungen, die zur Aufklärung dieses Todes dienen können, werden die Kriminalkommissare Wernburg und H. H. in der Polizeidirektion, Zimmer 80, entgegen. Da die gerichtliche Art und Weise, in der die Zeugnisaussagen gemacht wurden, den Anschein erwecken, als ob die ganze Gegend unter dem Terror der Kasse stehe, dem die Trendwahn angehört, wurde eine Kassa in der Grottenstraße veranlassen, bei der mehrere Personen Misgarnungen wurden.

Das Leben ist schwer.

In den Straßen, jenseit in der Nähe der Bahnhöfe, sieht man Große, vornehmlich Männer, aber auch Frauen, deren Haltung, auch wenn es der in den Händen gebaltene Hut nicht verdeutlicht, um die Müdigkeit der Vorübergehenden nicht. Da strömen die Scharen der Arbeitslosen vorbei; kaum einer streift mit dem Blick den armen Lazarus. Aber es wandeln auch alle die Vorüber, denen der Gang zum Bahnhof den Anfang eines Bergnügens bedeutet, ein Ausflug ins Sommerland der Freiheit, will sagen: Landpartie, frohe Stunden unter grünen Bäumen. Die Bergnügungsspeise durch eine Obstgabe an dieses schweigende, mit Würde getragene Kind zu erhöhen, sollte nicht schwer fallen. Kann man sich in die Seele eines solchen Menschen verlegen, der offensichtlich die Müdigkeit angeht? Ungeheuer muß er nicht vor Hunger sterben. Das Bild dieser Armut ist von erschütternder Tragik.

Im vollbesetzten, ja überfüllten Waggon IV. Klasse. Die Mehrzahl junge Leute, die in die Ferien gehen; in ihrem Kreise hat man sich bald angefreundet, die Scherzworte fallen hagelnd. Dann Ehepaare, auch die auf der Erholungsfahrt begriffen. Und endlich ein Paar Arbeiter, die nach auswärts fahren, um Arbeit zu suchen. Die Arbeiter raffen, ihr einförmiger Ton schlafert ein. Da erschallt plötzlich ein Gesang aus einer an der Tür stehenden Gruppe. Wer in der Mitte des Wagens sitzt, hört mir singen, die Worte gehen im Lärm unter. Aber man sieht wenigstens, wer da singt. Ein Mann und eine Frau sind es, und zwei Knaben. Alle sind einfach, aber sauber gekleidet; etwas, das ganz keise an Heilarmee oder Ertose erinnert, haftet ihnen an. Der Mann schließt die Augen, wenn er singt, als sei er dieser Welt entrückt. Jetzt verstummt der Gesang; der Mann schreiet mit der Weib in der Hand durch den Waggon. Die Spenden fliegen in die Mägen hinein. Auf seinen Stehplatz zurückgekehrt unterhält er sich mit einigen der ihm benachbarten Jahrgäste. An der nächsten Haltestelle verschwindet die Familie. Die Leiche ruht in einem anderen Waggon auf...

100 Kilometer weiter. Ein großer Teil der Reisenden ist ausgepackt; andere Familien mit Kindern eingepackt. Der Mittelgang ist frei. Ein junger Bursch mit einer Tüte geht die Bänke entlang und stellt jedem ein Pfefferminzplättchen in die Hand. Dann erschallt er gleich wieder mit einem Korb und preßt an: 2 Pfefferminzplättchen 25 Pf. — eine Tüte Schokolade 35 Pf. „Mutti, mir eine Schokolade“, rufen die Kinder, und die Frauen wenden sich an ihre Männer: „Du, Karl, es ist eigentlich recht heiß; so'n Pfefferminzding ist nicht zu verachten.“ Und als und jung kaulen. ... Auch meine Nachbarn erleben die Scherzen. Sie brechen die Hüllen auf: „Nö, ein Großes für die Pfefferminzplättchen wäre auch genug“ — und gleich darauf: „Donnerwetter — da ist aber dicke Papier um die Schokolade gewickelt.“ Wie ein schwaches Gerippe einer Tafel ausbleibt. Der junge Mann wird dann auch direkt interpelliert: „Sie, Ihre Preise sind aber 'n bisschen hoch.“ — „Ach nee“, antwortet er, „nur die üblichen, und er zuckt die Achseln. Dann fügt er hinzu: „Ja, das Leben ist schwer.“ „So schiffe aus“ — denken sich die meisten, aber sie sind doch nicht willers, wegen der paar Pfennige Kraft anzufangen. Und das Endziel, die große Promingebst, ist schon in Sicht. ...

Für den Burschen ist das „schwere Leben“ ein Vorwand zur Repperei.

Der prophete Einbruch.

Eine ganze Gesellschaft schwerer Jungen hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen eines Einbruchdiebstahls zu verantworten. Der angeblich von einem Karrierelager prophete worden war. Der Schlichter Lichtenstein war eines Tages von dem Schlächtermeister Franke in der Frobenstraße wegen eines Diebstahls entlassen worden. Am gleichen Morgen wurde Lichtenstein nur eine Gastwirtschaft auf, in der ihm nach seiner Behauptung von einem Karrierelager aus schwarzer Kasse gewechselt worden war, daß er durch einen Einbruch heute noch viel „Morie“, das heißt bei den Verbauern gefamlich Geld, verdienen würde. Aufmerksam, um der Zukunft gleich etwas nachzuhelfen, wurden dann von Lichtenstein sechs Männer gedungen, die dort unbestimmten und „ein Ding drehen“ wollten. Das geschah dann auf die Weise, daß sie den Keller des Schlächtermeisters Franke aufbrachen und etwa 15 Zentner frisches Fleisch daraus entwendeten und die Beute auf einem Auto, das sie von der Ecke der Wilmsstraße holten, fortbrachten. Der Chauffeur dieses Autos, Stahl, fuhr jedoch später wieder zu dem Bestellten hin und machte ihm Mitteilung von dem Einbruch, so daß die ganze Gesellschaft bald dingfest gemacht werden konnte. Während nun die Einbrecher behaupteten, daß der Chauffeur mit dabei gewesen wäre und auch etwas von dem Fleisch abgenommen hätte, gab dieser selbst an, daß er nur etwas Fleisch für das nicht vollbezahlte Fahrgehalt angenommen habe. Im übrigen sei er unter vorgehaltenem Revolver gezwungen worden, die Beute fortzuschaffen. Die übrigen Angeklagten bekennen dies zwar, jedoch konnte diese Behauptung nicht widerlegt werden und so beantragte der Verteidiger des Stahl, Rechtsanwalt Dr. Menzel, die Freisprechung, da hier ein Notstand und Zwangsgeld vorliegen habe. Das Gericht erkannte auch gegen diesen Angeklagten dann auf Freisprechung. Die Rädelführer wurden zu je 2½ Jahren Zuchthaus, die anderen Angeklagten zu je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verurteilt. So weil sie sich noch nicht in Haft befinden, wurden sie jetzt in Untersuchungshaft genommen.

Schups bei einem Kinderfest.

Man schreibt uns: Am Sonntag, den 7. September, hatte die 31. (weilische) Gemeindefeier in Neufeld ein Kinderfest in den Schulräumen und auf dem Hofe des Schulgebäudes. Der Abschluß des Festes sollte ein Festzug durch die Straßen Neufelds zum Rathaus bilden. Die Genehmigung des Polizeipräsidenten mit allen Einzelheiten der zu beobachtenden Straßen lag vor. Und zur gegebenen Zeit legte sich der Zug mit Fackeln, Campions und Fahnen in Bewegung. Er kam ungehindert bis zum Rathaus. Ein Lehrer hielt eine kurze Schlussrede und die Kinder sangen: „Brüder zur Sonne...“, als ein Trupp Schupolizei im Auto herankam und, mit Gemeindeführern bewaffnet, verbot, die Kinder mit den Eltern auseinanderzutreiben. Die Fahne — rot, mit schwarzer Schrift und goldener Sonne — wurde einem Kinde entrissen, mußte aber dann wieder zurückgegeben werden. Die Erregung der Ber-

sammeln hatte sich natürlich aufs Höchste gesteigert und fand im Gesang der Internationale seinen spontanen Ausdruck. Jetzt ließen sich Schupolizisten dazu hinreißten, auf Kinder zu schlagen. Erst auf das Dazwischengreifen der Lehrer hin wurden sie veranlaßt, abzufahren, um den Zug, der sich andernfalls längst aufgelöst hätte, zum Auseinandergehen zu bringen. Ein spätes Geächel der gesamten Menge folgte ihnen, hat dem die Polizei nicht die Pflicht, genehmigte Unzüge zu schühen?

Sowohl die Zuschüsse! Danach hat die betreffende Abteilung der Schupo einen bösen Rißgriff getan, der hoffentlich nicht ungerügt bleiben wird. Die Schupo kann nur dann auf die Unterstützung der Bevölkerung rechnen, wenn sie es versteht, sich in jeder Lage taktvoll und angemessen zu benehmen.

Klar oder unklar?

Noch einmal Köpender Tannenbergeier.

Als Direktor des Märkischen Museums wurde in unserem Bericht über die Köpender Tannenbergeier Dr. Kieckbusch genannt, der nach dem Vorkauf des Köpender „Dampfbots“ gelagt haben soll: „Heute gibt's kein Recht mehr. Keine Urkunde wird geachtet. Der Beamte wird mit Willkür behandelt.“ Direktor des Märkischen Museums ist jedoch Professor Dr. P. K. Kieckbusch, der den Besprechungen Dr. Kieckbuschs natürlich vollkommen fernsteht. Dr. K. ist Leiter der vorgeschichtlichen Abteilung des Märkischen Museums und gleichzeitig Vorsitzender der „Brandenburgia“ Gesellschaft für Heimatkunde und Heimatpflege. Aus den Kreisen der Anhänger des Heimatschutzes in Berlin erbielen wir eine Zuschrift, in der es heißt: „Bismarck ist nicht Mitglied Ihrer Partei bin, freue ich mich doch, zu sehen, welche Pflichten der Heimatschutzes und der Heimatpflege bei Ihnen findet. Die Stellungnahme des Herrn Dr. Kieckbusch, den ich bisher als Wissenschaftler wie als Heimatschützer geschätzt habe, betrübte mich, der ich selber Wissenschaftler bin, sehr. Herr Dr. K. läßt gut, seine noch dem Vorkauf des „Dampfbots“ reichlich veranschaulichten Äußerungen ganz klarzustellen, damit wir in Zukunft wissen, ob er weiter als Mann der Wissenschaft gelten will oder nicht.“

Inzwischen hat Herr Dr. Kieckbusch sich gemeldet. Er schreibt uns einen langen, sehr klaren Brief, in dem er unsere Vorwürfe gegen ihn zurückweist und zur Nichtigkeit des Berichtes, den wir dem „Köpender Dampfbots“ entnommen hatten, die betreffende Stelle seines Manuskriptes zitiert. Danach hat er folgendes gesagt:

„Nicht nur bei den Kämpfen an der Front, sondern auch in den Tagen der Ummwälzung, der Entwurzelung und des Abbaues hat es sich gezeigt, wo Männer und wo Menschen standen. Not und Zerrüttung haben sich in alle Stände, Berufe und Kreise hineingestreckt. Nichts ist vor ihnen heilig geblieben und nichts unantastbar. Vor dieser Not und Zerrüttung gibt es keine „Urkunden“ mehr und keine „wohlerworbenen Rechte“. Dem sich durchs Leben dardenden Hausvater, der sich den Notgroßen für sein künftiges Alter ersparte, haben Not und Zerrüttung den letzten Hehrpfennig entwertet. Auch dem in schäblicher Bescheidenheit großgewordenen Beamtenstand legten Not und Zerrüttung das Messer an die Lebensader.“

„In diese Schilderung hat Herr Dr. Kieckbusch dann die Aufforderung gerichtet, im Kampfe und in der Arbeit des Alltags ohne Menschenfurcht und Menschenscheu so reflexlos und rastlos unsere Pflicht zu tun, wie unsere uralten Väter es auch getan haben.“ Herr Dr. Kieckbusch wünscht nicht als „über Heier“ bezeichnet zu werden. Wir überlassen es dem Leser, zu beurteilen, ob seine Ausführungen, zumal in der Köpender Umrahmung, sich durch besondere Klarheit ausgezeichnet haben.

Der böllische Volksbetrug.

Ueber böllische Bewegung und böllischen Betrug sprach in einer auf beschänten öffentlichen Versammlung im Victoria-Garten zu Wilmsdorf Genosse Lüdemann. Er kennzeichnete einleitend die gespannte Lage, die unsere Regierung durch die Aufrüstung der Kriegsschuldfrage geschaffen hat. Dann streifte er ausführlich die Zusammenhänge, die zu dem Verfall der Friedensverträge geführt hatten. In der großen Politik haben heute die Deutschnationalen den großen Zusammenbruch erlebt und augenblicklich leben davon die Böllischen. Aber wenn sie ihr Programm, das sie den Wählern bei der Reichstagswahl angepriesen haben, ausführen wollten, dann erginge es ihnen nicht anders. Unter allgemeiner Heiterkeit zerplatzte der Redner das Programm der böllischen „Kultur- und Schicksalsgemeinschaft“. Wo die Schicksalsgemeinschaft gelandet sei, erhebe man jetzt an dem Zusammenbruch des Reichshauses Bruch. Welt über 10 000 Später sind durch diese Schicksalsgemeinschaft um 111/2% gedrückt worden. Die Partei, die die Zinsnechschafft beilegen will, läßt ausgerechnet durch ihren Bruch ihren Mitgliedern 72 Prozent Zinsen zahlen. So sieht bei diesen Böllischen die Beilegung der Zinsnechschafft aus. Von dem ganzen Programm der Partei bleibt letzten Endes nur der große Volksbetrug übrig. So leben die Erneuerer des deutschen Volkes aus. Ausgerechnet der Jude Dr. Frickel muß herrn Bruch, in das Fränkische Sanatorium geschickt ist, seine Geldstrafe selbst beschleimen. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Nationalsozialisten neben unseren Genossen an der Debatte. Ein Herr Senner bestritt, daß Bruch Mitglied der Partei sei. Neben anderen Gründen behauptete er, daß das Geld da sei. Gewiß, nur nicht hier. Genosse Lauer ging sofort mit dieser Volkserneuerer ins Gericht und in seinem Schlusswort rechnete Genosse Lüdemann mit einiger Diskussionsrednern gebührend ab. Mit einem Hoch auf die Republik und die Partei schloß die gut verkaufte Versammlung.

Wieder ein Autounfall. An der Ecke Kugsburger und Kankestraße in Charlottenburg ereignete sich gestern nachmittags ein schwerer Automobilunfall. Zwei in entgegengesetzter Richtung fahrende Wagen stießen dort mit voller Wucht zusammen. Der Kaufmann E. Koch aus Hermsdorf, Höhe Feldstraße 64, erlitt dabei schwere innerliche und Kopfverletzungen. Er wurde mit einem Privatwagen in das Krankenhaus in der Adenbushstraße übergeführt, wo man ihm erste Hilfe leistete. Von dort aus wurde er nach der Karlstraße 26 in eine Privatklinik übergeführt.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 10. September. Tageszeitung, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorhören. Nachm. 12.55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—5.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle) 5.45 Uhr nachm.: „Märchen“, gesprochen von Adele Prossler 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Karl Ludwigs, Direktor der Hauptstelle für Pflanzenzucht der Landwirtschaftskammer Berlin-Dahlem: „Bekämpfung von Gartenbauschädlingen im Herbst“. 8.30—10 Uhr abends: Shakespeare-Abend. 1. Overtüre zu „Coriolan“, Beethoven. Die Berliner Funkkapelle. 2. Aus „Hamlet“, Monolog des Hamlet, Hans Mülhofer (Rezitation). 3. a) An Sylvia, Schubert, b) Ständchen (Horch, horch, die Lerch' im Aetherblau), Schubert, Elsa Jülich de Vogt (vom Deutschen Opernhaus, Charlottenburg). 4. Overtüre zu „Ein Sommernachts Traum“, F. Mendelssohn-Bartholdy. Die Berliner Funkkapelle. 5. Aus „König Richard III.“, Hans Mülhofer (Rezitation). 6. Aus „Der Widerspenstigen Zähmung“, Götz, Elsa Jülich de Vogt. 7. Suite zu „Was ihr wollt“, E. W. Korngold. Die Berliner Funkkapelle. 8. Aus den Sonetten, Hans Mülhofer (Rezitation). 9. Drei Shakespeare-Lieder, Roger Quilter, Elsa Jülich de Vogt. 10. Formzonen aus „Julius Caesar“, Hans Mülhofer und der Sprecher der Universität Berlin unter Leitung von Dr. Wilhelm Leyhausen. Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Sportnachrichten, Wetterdienst.

Der Weg in die Freiheit.

Ein Fluchtversuch aus Moabit.

In der Nacht zum 1. Mai wurde in dem Zellengefängnis in der Lehrter Straße ein besonders verwegener Fluchtversuch unternommen. Es handelt sich um den Kaufmann Willi Kahner, der vor einigen Monaten gemeinsam mit dem Kaufmann Plügge und dessen Frau, einer Frau Schwanik, zahlreiche Fuhrwerksdiebstähle in den verschiedensten Stadtteilen Berlins unternommen hatte. Das Kleeblatt schloß sich besonders an Kollfuhrlusther heran, gab ihnen kleine Bestellungen auf, und wenn sich die Kutscher entfernnten, verschwand Kahner und Plügge mit den meist sehr wertvollen Ladungen; in einigen Fällen nahmen sie auch das ganze Fuhrwerk mit den Pferden mit.

Kahner und Plügge wurden zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt und kamen in das Zellengefängnis in der Lehrter Straße. Frau Schwanik wurde auf Antrag ihres Verteidigers, Rechtsanwalt Bahn, auf freien Fuß gesetzt. In der Nacht zum 1. Mai unternahm nun Kahner einen recht verwegenen Fluchtversuch, der ihn über mehrere Korridore und Höfe bis in den Wirtschaftshof brachte, von wo nur noch eine kleine Mauer den Weg zur Freiheit versperrte. Gerade als Kahner diese Mauer erklimmen wollte, schlugen jedoch die Hunde an, es wurden zwei Schüsse abgegeben und die Klarmglocke in Bewegung gesetzt. Kahner wurde in die Zelle zurückgebracht. Bei den Nachforschungen über die Helfer kam man auf den in der Anstalt beschäftigten Wachtmeister Schünemann und den Freund des Kahner, Plügge. Es wurde festgestellt, daß der Wachtmeister mehrfach mit Frau Schwanik, der Frau des Plügge, zusammengekommen war und ihr auch einige Briefe überbracht hatte. Er hatte auch ein Paket von ihr angenommen, in dem sich, wie sich später ergab, mehrere Wäscheleinen von 20 Meter Länge befanden und 15 bis 18 Sägen, die dem Plügge übermitteln werden sollten, da auch dieser einen Fluchtversuch plante. Tatsächlich war auch Plügge bereits dabei, die Trallen in seiner Zelle anzuleiten, aber auch sein Versuch, in die goldene Freiheit zu gelangen, wurde rechtzeitig bemerkt. Jetzt hatten sich nun wegen des Plüggeschen Ausbruchsmotors der Wachtmeister Schünemann, Frau Schwanik und Plügge vor dem Schöffengericht Berlin Mitte zu verantworten. Die Angeklagten bestritten sich gegenseitig sehr lebhaft. Schünemann behauptete insbesondere, daß er lediglich aus Gutmütigkeit einmal zu Frau Schwanik gegangen sei und daß er sich später in einer gewissen Eile vor dem Plügge und Frau Schwanik befunden habe. Es sei aber von vornherein seine Absicht gewesen, falls Plügge einen Ausbruchversuch unternehmen sollte, dies mit allem Nachdruck zu verhindern. Er stehe auch der Flucht des Kahner sehr fern, tatsächlich habe er ja auch die beiden Wärmeschiffe abgegeben, die das Anstaltspersonal auf den Plan riefen.

Der Staatsanwalt glaubte an diese Darstellung nicht, zumal in der Verhandlung mehrfach erwähnt wurde, daß Plügge dem Beamten 10 000 Mark für seine freundliche Ratschläge in Aussicht gestellt hätte. Er beantragte gegen den Wachtmeister Schünemann wegen passiver Bestechung in Idealkonkurrenz mit versuchter Gefangenenerbreitung 9 Monate Gefängnis, gegen Plügge, als den hauptsächlichsten 1 Jahr 3 Monate Gefängnis wegen aktiver Bestechung und gegen Frau Schwanik wegen versuchter Gefangenenerbreitung 3 Monate Gefängnis. Die Rechtsanwältin Bahn, Dr. Hein und Dr. Eisenstadt mochten verchiedene rechtliche Gesichtspunkte geltend, die zur Freisprechung, mindestens zu einem milderen Strafmaß führen müßten. — Der Gerichtshof entsprach auch im wesentlichen diesen Ausführungen und verurteilte Plügge zu sechs Monaten Gefängnis, Frau Schwanik nur zu 200 Mark Geldstrafe und sprach den mitangeklagten Wachtmeister Schünemann frei.

Die gewerbdmässige Wohnungsvermittlung.

Zur Frage der gewerbdmässigen Vermittlung von Mieträumen teilt das städtische Zentralkomitee für Wohnungswesen folgendes mit: Generelle Genehmigungen an gewerbdmässige Vermittler von Mieträumen werden auf Antrag nur dann erteilt, wenn dem städtischen Zentralkomitee für Wohnungswesen der Nachweis geführt wird, daß der Antragsteller bereits am 1. Januar 1918 derartige gewerbdmässige Vermittlungen ausgeführt hat. Diese Anträge sind für den Bereich der ganzen Stadt schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Beweismittel an das städtische Zentralkomitee für Wohnungswesen, C. 2, Parochialstraße 9/18, einzuliefern. Von den erteilten Genehmigungen wird das Zentralkomitee sämtlichen Wohnungsmittlern Kenntnis geben. Die Anträge der erst nach dem 31. Dezember 1917 entstandenen Vermittlungsbüros werden grundsätzlich und ohne jede Ausnahme abgelehnt werden. Derartige Anträge sind daher zwecklos. Die Wohnungsmittler werden gegen gewerbdmässige Vermittler, die ohne Genehmigung in Zukunft die verbotene Vermittlung von Mieträumen versuchen, mit Hilfe der Strafbehörden einschreiten. Es kann auf Geldstrafe und auch Gefängnisstrafe oder auf eine dieser Strafen erkannt werden. Besonders wird noch aufmerksam gemacht, daß auch die Anleiheung zur Vermittlung verboten ist.

Widerrechtliche Gasentnahme schwerer Diebstahl.

Trotz aller Warnungen wird immer wieder in unbedachteter Weise Gas aus dem Rohrnetz der Gaswerke ohne Gasmeter bzw. unter Ausschaltung des Gasmeters entnommen. Diese unrechtmässigen Entnahmen werden seit immer in leichtfertiger Weise hergestellt und beschwören größte Gefahr für eigenes und fremdes Leben herauf. Todesfälle infolge Gasausströmung bei unrechtmässig angelegten Leitungen sind nicht selten. Außer auf die große Gefahr, die die unrechtmässige Gasentnahme in vielen Fällen mit sich bringt, muß erneut auf die strafrechtlichen Folgen des Gasdiebstahls hingewiesen werden. Widerrechtliche Gasentnahme ist Diebstahl, und zwar, wie jetzt auch die Berliner Gerichte annehmen, in den meisten Fällen schwerer Diebstahl. So ist in neuerer Zeit erst wieder ein Berliner Einwohner durch rechtskräftiges Urteil zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen Gasdiebstahls verurteilt worden.

Das Disziplinerverfahren gegen Lehrer Adolf Koch, dessen private Körperkulturübungen den Reaktionen einen erwünschten Vorwand zu ihrer Hege gegen die Berliner Schulverwaltung gaben, hat, wie wir in Nr. 420 meldeten, einen für Koch durchaus ehrenvollen Ausgang genommen. Das Provinzial-Schulkollegium hat gegen Koch nur auf einen Verweis erkannt und zwar nur wegen eines formalen Verstoßes, der darin bestand, daß er vor Einführung seiner mit schulpflichtigen Kindern anherommäßig veranstalteten Kurse für rhythmisch-gymnastische Übungen sich nicht mit der Aufsichtsbehörde in vorgeschriebener Form in Verbindung setzte. Wir erfahren jetzt, daß nach vor diesem Ausgang des Disziplinerverfahrens das Provinzial-Schulkollegium in dem Streit Kochs mit der Berliner Schulverwaltung, der keinen Anspruch auf Befestigung im Schuldienst Berlins beifug, sich zugunsten Kochs ausgesprochen hat. Es hat entschieden, das lediglich das seine Tätigkeit bei der 240. Gemeindefeier regeln die Vertragsverhältnisse während der Dauer der Unterdrückung gelöst worden ist. Lehrer Koch ist also, wie uns sein Rechtsbeistand schreibt, nicht entlassen oder abgebaut, sondern, samt nach der erfolgten Befestigung des Verfahrens wieder im Berliner Schuldienst tätig sein.

„Meine Braut — Deine Braut“ spielt jetzt das Rose-Theater. Die Erlebnisse der Freunde Lamm und Löwe, die zuerst ihre Kleider und ihren Charakter wuschen, um den Schwiegervätern zu gefallen und hernach sich in ihr Selbst zurückzufinden, damit sie den Töchtern zulagen, enthalten manche Szenen, die zum Lachen zwingen. Diese beiden Freunde werden von Hans und Willi

Wirtschaft

Genossenschaftliche Leistungen.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber dem privatwirtschaftlichen Handel steht zwar außer allem Zweifel, sie wird aber noch viel zu sehr von ihren eigenen Mitgliedern unterschätzt. Schon die Tatsache, daß es heute in Deutschland rund 2000 Konsumgenossenschaften gibt, in denen 4 1/2 Millionen Familien der Verbraucher genossenschaftlich organisiert sind, beweist, daß die Konsumgenossenschaften wirtschaftliche Leistungen von Bedeutung aufzuweisen haben müssen. Denn es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die Verbraucher genossenschaften jahrzehntlang unter allerlei behördlichen Hemmungen und außerordentlichen steuerlichen Belastungen zu leiden hatten, ganz abgesehen davon, daß der Privathandel von seinem Standpunkt aus ganz verständlicher Weise stets in schärfster Kampfstellung zu den Konsumgenossenschaften stand und noch steht und mit allen Mitteln die Entwicklung derselben zu hindern suchte.

Wenn also trotzdem die Konsumgenossenschaften im Zeitraum von 20 Jahren von rund 1000 Vereinen mit 850 000 Mitgliedern ihre Zahl auf 2000 mit 4 1/2 Millionen, also die Mitgliederzahl vervielfachten konnten, so müssen die wirtschaftlichen Leistungen schon ganz erhebliche gewesen sein, um ein solches Ergebnis zu erzielen.

Dem ist auch so, und zwar in zweierlei Hinsicht. Die preisregulierende Wirkung der Konsumgenossenschaften ist eine feststehende Tatsache, die leider nur zu oft übersehen und nicht gewürdigt wird. So, man begegnet sogar manchmal der Behauptung, daß der „Konsum“ teurer sei, wenigstens in den und jenen Waren. Und es sind nicht immer die Gegner der Konsumgenossenschaften, welche solche Behauptungen aufstellen. Geht man aber, wie es vor dem Kriege und neuerdings nun wieder öfters geschehen ist, der Sache auf den Grund, so findet man das Gegenteil bestätigt. So haben in letzter Zeit süddeutsche, sächsische und norddeutsche Konsumgenossenschaften Warenausstellungen und Preisvergleiche von etwa 20-30 wichtigen Artikeln der Lebensmittelbranche veranstaltet, wobei sich herausstellte, daß der gezogene Durchschnitt bei den Konsumgenossenschaften um 15-20 Prozent niedrigere Preise zeigte als der Privathandel. Außerdem aber besteht ja die Preisregulierung darin, daß durch das Bestehen einer Konsumgenossenschaft an irgendeinem Platze die Warenpreise des Privathandels, die vor dem wesentlich höhere waren, sich senken. Diese Wirkung ist am besten bei der Gründung einer Konsumgenossenschaft zu beobachten: mit einem Schloge bietet der ortsanfällige Handel die Ware um mindestens 10-15 Prozent unter den feilherigen Preisen an, wodurch die Bevölkerung im allgemeinen wirtschaftliche Vorteile genießt, die ohne die Konsumgenossenschaft nicht denkbar wären.

Diese Wirkung der konsumgenossenschaftlichen Organisation läßt sich, wenn auch nicht statistisch erfassen, so doch immerhin einigermaßen berechnen. Von den circa 15 Millionen deutschen Haushaltungen dürften 12 Millionen als solche Verbraucher in Betracht kommen, die von ihrem Jahreseinkommen durchschnittlich 700 Mk. für Waren ausgeben, die in jeder Konsumgenossenschaft zu kaufen sind. In der Gesamtberechnung ergibt sich also ein der Preisregulierung durch die Konsumgenossenschaften ausgekehrter Warenumfang von 700 x 12 000 000 = 8 400 000 000 Mark (8 Milliarden 400 Millionen Goldmark). Nicht man nun davon auch die Hälfte des Umsatzes ab für die Gemeinden des Reiches, wo die Konsumgenossenschaften keine Warenverteilungsstellen besitzen, also die preisregulierende Wirkung nicht erzielt wird, so bleiben immer noch 4,2 Milliarden Mark Umsatz übrig, die um etwa 15 Proz. regulierte niedrigere Warenpreise einhalten. Das Ergebnis der Preisregulierung beläuft sich also auf rund 630 Millionen Goldmark in einem Jahre.

Dazu kommt nun noch die den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften direkt zustehende Ersparnis in Form von Rückvergütungen und billigeren Warenpreisen (früher auch fälschlicherweise „Dividende“ geheißen, oder Rabatt). Dem Durchschnitt nach dürften dieselben beim Eintritt normaler Zeiten auf 10 Prozent des jeweiligen Warenwertes angenommen werden, wenn auch seit den Kriegsjahren und während der Inflationszeit die Rechnung von anderen Gesichtspunkten aus „aufgemacht“ werden muß.

Würden nun die 4 1/2 Millionen Mitglieder der Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse restlos in ihren eigenen Wirtschaftsunternehmen decken, so müßte ebenfalls ein Jahresdurchschnittsumsatz von mindestens 700 Goldmark sich ergeben. Und dies würde bedeuten: 3 150 000 000 Goldmark Umsatz. Und da die Ersparnis, insbesondere bei der Höhe dieses Umsatzes, mindestens 10 Prozent betragen würde, so hätten die deutschen Konsumgenossenschaftsmitglieder in einem Jahre den immerhin ansehnlichen Betrag von 315 Millionen Goldmark aus ihren genossenschaftlichen Unternehmungen „herausgemittelt“.

Zusammen mit dem durch die Preisregulierung erzielten Betrag ergibt sich hiernach die wirtschaftliche Leistung von einer Milliarde Goldmark, welche die Konsumgenossenschaften gemäß ihrem inneren Wesen, ihrer organisatorischen Eigenart der deutschen Volkswirtschaft ersparen können.

Leider haben die meisten Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften das einfache Einmaleins des Rechenmeßers Adam Riese noch nicht richtig begriffen, denn ihr Umsatz betrug vor dem Kriege durchschnittlich nur etwa 400 Mark für eine Genossenschaftsfamilie und gegenwärtig ist er gar nur auf höchstens 250 Mark zu berechnen.

Richtsdestoweniger bleibt die preisregulierende Wirkung in dem errechneten Betrage als eine Ersparnis der 12 Millionen Haushaltungen und demnach als Zuschuß zur deutschen Volkswirtschaft bestehen und es liegt nur bei den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die zweite wirtschaftliche Leistung an sich selbst nach Bestreben zu erhöhen. Durch Steigerung ihres Warenumsatzes.

Adam Riese soll uns das Einmaleins nicht umsonst gelehrt haben.

Genossenschaftlicher Idealismus als Antrieb. Die kritische Genossenschaftsbewegung verzeihet ein bedauerliches Urteil über den Wert der genossenschaftlichen Betätigung für die Landwirtschaft. Es war ein Prüfungsausschuss von drei Gelehrten eingesetzt worden, die eine Untersuchung über landwirtschaftliche Verhältnisse anzustellen hatten. In ihrem Schlussbericht gehen die Gutachter auch auf die Genossenschaftsbewegung ein und stellen fest, daß die auffälligste Tatsache die Universalität dieser Bewegung und ihr phänomenales Wachstum innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne sei. Das allgemeine Charakteristikum der Bewegung sei, daß bei ihrem Beginn ein Idealismus bestanden und während ihres Wachstums angehalten habe, der ihr mehr als nur wirtschaftlichen Antrieb gegeben habe.



„Egon, ich glaube, hierbei fliegen wir selbst in die Luft.“

Anhaltende Krise am Arbeitsmarkt.

Das Landesarbeitsamt Berlin berichtet: Die Lage des Arbeitsmarktes muß weiter allgemein als ungünstig bezeichnet werden. Der durch die Aufwärtsbewegung einiger Spezialberufe einschließlich der Holzindustrie sowie der durch die gleichfalls vermehrte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften herbeigeführte Abgang vermag nicht ausreißend die Lage des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne zu beeinflussen.

Es waren 100 152 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragten, gegen 101 893 der Vorwoche. Darunter befanden sich 70 687 (71 618) männliche und 29 465 (30 275) weibliche Personen. Unterhütung bezogen 32 254 (32 059) männliche und 6687 (6531) weibliche, insgesamt 38 941 (38 570) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 2070 gegen 1933 der Vorwoche.

In der Landwirtschaft ist die günstige Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin vorherrschend. Bei den Gärtnern haben die Vermittlungsergebnisse nachgelassen. Die Arbeitsmarktlage in der Industrie der Steine und Erden ist noch immer ungünstig.

In der Metallindustrie war geringer Kräftebedarf vorhanden. Die angeforderten Personen betragen in der Hauptsache nur qualifizierte Arbeiter. Insbesondere wurden Elektromonteur und Installationsklemmer und Arbeitstechniker verlangt. Verhältnismäßig günstig ist infolge der kommenden Heizperiode die Nachfrage nach Heizungsrohrlegern. Das Spinnstoffgewerbe hat fernerhin für weibliche Personen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten aufzuweisen. Gute Nachfrage bestand namentlich nach Strickern und Maschinenführerinnen. Ebenfalls verzeichnet die Kürschnerbranche einen erhöhten Bedarf an Arbeitskräften, der nur teilweise gedeckt werden konnte. Bestimmte Vermittlungsergebnisse waren in der Zellstoff- und Papierherstellung und -verarbeitung vorhanden.

In der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe besteht der Mangel an Arbeitskräften für Wägen- und Tapeziererinnen weiterhin fort; dagegen hat die Arbeitsmarktlage im ganzen keine Besserung erfahren.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe macht sich eine Aufwärtsbewegung bemerkbar, welche auch in der sinkenden Zahl der Arbeitsuchenden deutlich zum Ausdruck kommt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat die Arbeitsmarktlage keine wesentliche Besserung erfahren. Lebhaftige Nachfrage herrscht insbesondere nur für Arbeitskräfte in der Zigaretten- sowie Süßwarenindustrie. In der letzteren besteht ein Mangel an Probinenübernehmerinnen. Auch ist die Nachfrage im Brauereigewerbe weiter zurückgegangen.

Im Bekleidungs- und Damenkonfektionsgewerbe war die Vermittlungstätigkeit für die Herren- und Damenkonfektion günstig. Es fehlt noch immer an Spezialkräften, wie Stepper in der Herrenkonfektionsbranche. In der Herren- und Damenwäschereibranche wurden nach wie vor nur vereinzelt Arbeitskräfte angefordert. Für die Leichtkonfektion wie Blusen und Kleider und ebenfalls für die Herren- und Damenwäsche war so gut wie gar keine Nachfrage vorhanden. Die gute Geschäftslage im Baugewerbe hat im allgemeinen angehalten. Insbesondere war lebhafter Bedarf an Dachdeckern, Malern und Lackierern.

Im Vertriebs- und Verlagsgewerbe hat sich das Vermittlungsergebnis gegenüber der Vorwoche insbesondere für Buchdrucker gehoben. Angeforderte Kartographen und Kartographinnen konnten teilweise nicht gestellt werden. Die Vermittlungstätigkeit im Gastmirtsgewerbe bewachte sich in naheliegenden Grenzen. Die Zahl der Stellenuchenden ist im Sinken begriffen.

Mit Ausnahme von weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften sind die Vermittlungsergebnisse in der Gruppe Lohnarbeiterschaft weitestgehend sehr gering. Im Handelsgewerbe wird für Bureauangestellte in der Stellenmarkt, insbesondere für Bankangestellte, als besonders ungünstig zu bezeichnen. In einigen Berufsgruppen macht sich jedoch eine leichte Belebung, namentlich im Textildruck durch Anforderung von Verfassern, Dekorateurinnen und Buchdruckerinnen bemerkbar, desgleichen im Verlags- und Druckgewerbe.

Bei Ingenieuren, Technikern und Werkmeistern ist nur eine geringe Vermittlungstätigkeit zu verzeichnen.

Festwertanleihen im August.

Im August stand die Börse unter dem Zeichen des Damocles-Schwertens. Sie versprach sich von den eingeleiteten Friedensbemühungen große Vorteile für die deutsche Wirtschaft. Ihre Hoffnungen äußerten sich in einer starken Erhöhung aller Wertpapierkurse, nicht nur der Industriekurse, sondern auch der festverzinslichen Anleihen. Folgende Zusammenstellung der Kurse der 4prozentigen Gold-Hypotheken-Pfandbriefe gibt eine Vorstellung von der Entwicklung. Die Zahlen bedeuten Goldmark für ein Gramm Feingold (1 Gramm Feingold = 2,79 Goldmark).

	1. Aug.	11. Aug.	21. Aug.	28. Aug.
Berliner Hypothekbank	1,20	1,35	1,75	1,60
Frankfurter Pfandbriefbank	1,30	1,55	1,58	1,59
Leipziger Hypothekbank	1,24	1,35	1,58	1,63
Meininger Hypothekbank	1,20	1,22	1,52	1,55
Norddeutsche Grundkreditbank	1,20	1,21	1,56	1,55
Preussische Bodenkreditbank	1,20	1,30	1,55	—
Sächsische Bodenkreditbank	1,20	1,25	1,60	1,60
Westdeutsche Bodenkreditbank	1,20	1,30	1,50	1,55
Durchschnittl. Wert der 4 Kurse	1,22	1,32	1,57	1,57

Die Kommunen und Kommunalverbände haben alle Veranlassung, der Ausentwicklung der Festwertanleihen große Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein Kurs von 1,57 Westmark für 1 Gramm Feingold, wie er sich in der zweiten Hälfte des Monats August durchschnittlich herausstellte, bedeutet eine jährliche Realverzinsung von 8,9 Proz. Das ist erheblich weniger als die Realverzinsung von 12,55 Proz., wie sie noch zwei Monate vorher, zum dieses Jahres, herrschte. Es ist anzunehmen, daß die Kurse der Pfandbriefe noch weiter steigen, das heißt, daß die Realverzinsung noch weiter sinken wird. Während der letzten sieben Monate zeigten die Durchschnittskurse der Gold-Hypotheken-Pfandbriefe folgende Werte:

Ende	1924	1924	1924	1924
Februar	1,56	Ende Juni	1,11	
März	1,41	Juli	1,23	
April	1,04	August	1,57	
Mai	1,09			

Das Sinken des Zinsfußes für langfristigen Kredit ist für die Kommunen und Kommunalverbände von Wichtigkeit, weil es die Aussicht eröffnet, in kurzer Zeit wieder festverzinsliche Anleihen öffentlicher Körperschaften auf dem Kapitalmarkt unterbringen zu können. Die Neuregelung der deutschen Reparationsverpflichtungen auf Grund des Dawes-Gutachtens hat überall die Hoffnung erweckt, daß Deutschland demnach Kredite aus dem Ausland erhalten würde. Ausländische Kredite sind gut, aber inländische sind besser. Im ersten Falle gehen die Zins- und Tilgungsbeträge in das Ausland, sind also für unsere Wirtschaft verloren, sonst aber bleiben diese Beträge im Inlande, wo sie in Form von Kaufkraft und von Steuerleistungen die deutsche Wirtschaft befruchten. Wollen die Kommunen und Kommunalverbände langfristige Anleihen aufnehmen, so müssen sie zu ihrem Teil auch an dem Aufbau des innerdeutschen Kapitalmarktes teilnehmen. Dazu aber sind sie durch Pflege der kommunalen Sparkassen und des kommunalen Giroverkehrs durchaus in der Lage.

Häuteauktionen und Lederpreis.

Ueber die Preisstreiberen am Hautemarkt wird uns von sachmännlicher Seite u. a. geschrieben: Nach den Angaben der Unternehmerrichtpresse der Lederindustrie sind die deutschen Hautpreise die höchsten in der Welt. Wenn das von dieser sachkundigen Stelle aus behauptet wird, dürfte es wohl richtig sein. Nun ist der Zusammenhang zwischen Preisbildung und Häuteauktionen ja bekannt. Bei der letzten Enquete über die Lederwirt-

Dr. M.

